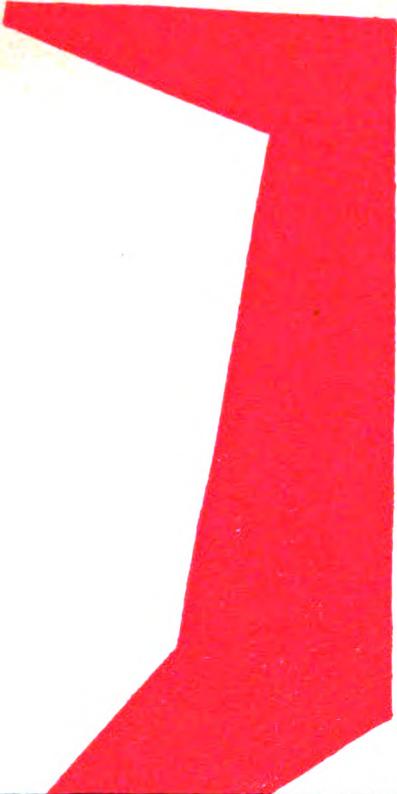


AC
DUPLICATE
LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIF. BERKELEY

HOOVER
LIBRARY



*Die kommunistische
internationale*

1927 / HEFT 9

BERLIN, DEN 1. MÄRZ

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONAL

AUS DEM INHALT

Unter die Kontrolle der kämpfenden Massen! / A. Martynow: Zur Um-
gruppierung der Kräfte der chinesischen Revolution / Sawdar: Die Fehd-
zwischen Hindu- und Moslem-Elementen / M. Galkowitsch: Der amerikanisch-
Imperialismus in China / Schami: Der nationale und der Klassenkampf in
Palästina / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 9 . 1. MÄRZ

I N H A L T

	Seite
Unter die Kontrolle der kämpfenden Massen!	401
Martynow: Zur Umgruppierung der Kräfte der chinesischen Revolution	406
Sawdar: Die Fehde zwischen Hindu- und Moslem-Elementen	415
Heller: Amerika und die Philippinen	424
Galkowitsch: Der amerikanische Imperialismus in China	432
Schami: Der nationale und der Klassenkampf in Palästina	438
Zimring: Die Front des arabischen Ostens gegen den Imperialismus	445
Murphy: Der Imperialismus in China	450

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigtere Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

UNTER DIE KONTROLLE DER KÄMPFENDEN MASSEN!

Der von der Liga gegen koloniale Unterdrückung kürzlich nach Brüssel einberufene antiimperialistische Kongreß wurde trotz der Buntscheckigkeit der Teilnehmer und der ungenügenden politischen Eindeutigkeit und Klassenbestimmtheit — zu einer leuchtenden Demonstration der Solidarität zwischen dem Proletariat und den unterdrückten Völkern. Der Kongreß machte nur den ersten und dabei nicht genügend sicheren Schritt, um den Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern mit dem nationalrevolutionären Kampf der unterdrückten Völker zu koordinieren. Die allgemeine Situation auf dem Schauplatz des Klassenkampfes ist aber bereits derartig, daß sogar dieser unsichere Schritt, diese einfache Zusammenkunft von Vertretern der Kolonialbewegung, mögen sie auch auf verschiedenen Stufen der revolutionären Entwicklung stehen, mit den Vertretern des Proletariats, mögen sie auch die Linie des Klassenkampfes ungleich konsequent verfolgen, — zum Faktor eines wirklichen Kampfes gegen den Imperialismus werden kann. Allerdings nur in dem Falle, wenn der Kongreß die Fragen des Kampfes, an die er vorläufig nur tastend, vom heiligen Haß gegen die kapitalistischen Länder geleitet, herangegangen ist, in ihrer ganzen gewaltigen historischen Größe erfaßt, als Fragen, deren Lösung unversöhnlichen, selbstaufopfernden, organisierten Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse erheischt.

Daß eine Weiterentwicklung der Liga in dieser Richtung nicht ausgeschlossen ist, ist zu ersehen vor allem aus der Feindseligkeit, die dem Brüsseler Kongreß gegenüber nicht nur seitens der Bourgeoisie, sondern auch seitens ihrer Wachhunde — der reformistischen Führer — an den Tag gelegt wurde. Die Washingtoner Regierung, die nicht müde wird, zu betonen, imperialistische Sünden lägen ihr fern und die europäischen Dinge interessierten sie nicht, — diese Regierung beeilte sich, Belgien den guten Rat zu erteilen, den Kongreß in der Hauptstadt nicht zuzulassen. Es gelang jedoch nicht, den Kongreß, der mit Delegierten aus allen Ecken und Enden des Erdballes beschickt war, einfach auseinanderzujagen. Die Bourgeoisie mußte sich darauf beschränken, ihn mit einer Quarantäne zu umgeben, indem sie die Regierung Vandervelde anwies, keinerlei Fühlungnahme zwischen den Kongreßmitgliedern und den belgischen Arbeitern zuzulassen, und den reformistischen Führern den klugen Gedanken eingab, den Kongreß durch hochmütige Verachtung zu „erledigen“. Diese Taktik erlitt jedoch ein elendes Fiasko, da die Zweite und die Amsterdamer Internationale, die den Kongreß mit ihrer Abwesenheit ehrten, den Ton hochmütiger Verachtung nicht einzuhalten vermochten, und der „Vorwärts“ mit einer ganzen Kollektion provokatorischer Anschuldigungen gegen den Kongreß herausplatzte. Kann man darüber im Zweifel sein, daß auf den ersten Kläffer der Sozialdemokratie weitere folgen werden? Auf diese Weise sind die Auspizien für den Kongreß gut.

Die internationale Situation, auf deren Hintergrund allein schon die Tatsache des Brüsseler Kongresses von Bedeutung ist, wird charakterisiert durch die Zuspitzung des Kampfes zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Wir sehen, wie einerseits sich der Angriff des Imperialismus verstärkt, wie er den Weg offener Annexionen betritt (Nikaragua), wie der Kolonialterror bis ins Aeußerste gesteigert wird (Holländisch-Indien, Nordafrika usw.), wie die Methoden des Betrugs und der Bestechung der einheimischen Bourgeoisie vervollkommnet werden (Britisch-Indien). Auf der anderen Seite haben wir aber auch den gleichzeitigen Durchbruch der imperialistischen Front an dem wichtigsten Abschnitt — die siegreiche Entwicklung der großen chinesischen Revolution sowie die reiche Erfahrung, die die chinesische nationalrevolutionäre Bewegung gemacht hat, und die bereits auch zu den anderen Völkern zu gelangen und von ihnen ausgenutzt zu werden beginnt. Hat nun der Brüsseler Kongreß diese Situation in aller ihrer Kompliziertheit und Mannigfaltigkeit richtig eingeschätzt? Hat er sich befaßt mit dem Kampf, den schweren Fehlern und den blutigen Niederlagen einerseits, mit den ersten bedeutenden Erfolgen und den neuen großen Opfern, die die weitere Entwicklung erfordern wird, andererseits? Wir sind noch nicht im Besitz der wichtigsten Dokumente des Kongresses und können daher keine erschöpfende Antwort auf diese Frage geben. Aber allein schon die Tatsache, daß die Stimmen einer strengen Kritik an den Fehler, den Rückschlägen und dem Verrat, an denen die Geschichte der nationalrevolutionären Bewegung und noch mehr die Praxis der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern leider so reich ist, auf dem Brüsseler Kongreß derart selten und schwach waren, — allein diese Tatsache zeigt, daß der Kongreß die Aufgaben des Kampfes nur in ganz allgemeiner, ganz unbestimmter und darum wenig wirksamer Form skizziert hat. Eins steht jedoch fest: die Kongreßteilnehmer haben den Willen, das imperialistische Joch abzuschütteln und neue imperialistische Kriege zu vereiteln. Und darin besteht der tiefgehende prinzipielle Unterschied zwischen diesem Kongreß und der zur gleichen Zeit in Paris stattgefundenen Tagung der Politikantiquette der Zweiten Internationale, auf der, verdeckt durch eine heuchlerische, verlogene Resolution gegen die Intervention in China, das Büro der Zweiten Internationale die Formel Abramowitsch-Churchill über einen angeblichen Sowjetimperialismus in China in Umlauf brachte. Es versteht sich von selbst, daß ein Teil der Delegierten zum Brüsseler Kongreß ihren ersten Schritt zum Kampfe gegen den Imperialismus nur unter dem starken Druck der Ereignisse macht. Wenn aber die wachsende Aktivität und das erstarkende Klassenbewußtsein der Massen für diesen Teil nur ein Ansporn zur Ausfindigmachung wirksamerer, ehrlicherer Kampfformen ist, so zwingt derselbe Grund die Spitzen der Zweiten und der Amsterdamer Internationale lediglich dazu, neue, vervollkommnetere Methoden des Betruges zu suchen, um die zunehmende Wachsamkeit der Massen einzuschläfern und ihre wachsende Aktivität in eine Sackgasse zu leiten. Hier geht der Trennungsstrich zwischen den auf dem Kongreß vertretenen halbpazifistischen Strömungen und den Heuchlern der Zweiten Internationale. Für einen Teil des Brüsseler Kongresses ist vorläufig nur der Wunsch charakteristisch, dem verstärkten Angriff des Imperialismus entgegenzuwirken. Werden sie aber auch imstande sein, diesem Angriff standzuhalten, diesen Kampf durchzukämpfen,

den der Imperialismus führt, führt nicht allein mit Hilfe von weittragenden Geschützen, Flottillen und Landungstruppen, sondern auch mit Hilfe des noch gefährlicheren reformistischen Doppelspiels? Nur die Praxis des Kampfes kann darauf eine Antwort geben. Vor dem mehr klassenbewußten, klassenmäßig organisierten Teil des Kongresses steht die Aufgabe, den eigenen geistigen und organisatorischen Einfluß dahingehend geltend zu machen, diese schwankenden und nicht immer zuverlässigen Elemente auf den Weg eines wirklichen Kampfes zu drängen, um sie zu zwingen, offen und eindeutig zu wählen zwischen der Einheitsfront der Imperialisten und der Front des antiimperialistischen Kampfes. Die Elemente, die ihre Wahl zugunsten der Bourgeoisie und gegen die Unterdrückten treffen, müssen abgeschüttelt werden.

Der entscheidende Faktor, der den Brüsseler Resolutionen ein bedeutendes spezifisches Gewicht verleiht, ist der Umstand, daß der Kongreß — wie hätte es auch anders sein können — im Zeichen der chinesischen Revolution stand. Hier, auf diesem vorgeschobenen Frontabschnitt des antiimperialistischen Kampfes offenbarten sich anschaulich die Kräfte, die einen wirklichen Sieg erringen können, sowie auch die verschiedenartigen, zunehmenden Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege zu diesem Sieg ergeben. Es war daher kein Zufall, daß die am meisten aktive und führende Rolle auf dem Kongreß den Hauptfaktoren der chinesischen Revolution zufiel: den chinesischen Gewerkschaften, der Kuomintang-Partei und der revolutionären Volksarmee einerseits, den Vertretern des englischen Proletariats, dem bei der Vereitelung der Intervention die zentrale Aufgabe zufällt, andererseits.

Die chinesischen Delegierten brachten von den ausgedehnten Schlachtfeldern des erbitterten, blutigen, heroischen Kampfes lebendige Beweise dafür mit, welche tiefgehenden Umgruppierungen der nationalrevolutionären Bewegung vor sich gehen, wenn in die geschichtliche Arena als selbständige, organisierte Kraft das Proletariat tritt, dessen Avantgarde in Gestalt der Kommunistischen Partei zur Triebfeder des gesamten revolutionären Kampfes wird. Gleichzeitig hat die chinesische Revolution gezeigt, zu welcher gewaltiger Aktivität und revolutionärer Energie die Bauernmassen fähig sind, wenn nur ihr elementarer Aufstand gegen die imperialistischen Unterdrücker mit der klassenbewußten Führung des Proletariats koordiniert und von dem lähmenden Einfluß des bürgerlichen Kompromißlertums befreit wird. Die chinesische Revolution ist schließlich ein lebendiger Beweis dafür, daß die Organisation der antiimperialistischen Einheitsfront, die neben dem Proletariat und der Bauernschaft auch die städtische Kleinbourgeoisie sowie jene Schichten der einheimischen Bourgeoisie umfaßt, die noch zum Kampfe fähig sind, durchaus keine unlösbare Aufgabe darstellt, wenn der Arbeiter- und Bauernblock fest gefügt ist, und das Proletariat die führende Rolle in ihm spielt. Die chinesische Revolution hat durch die Tatsache ihrer Existenz allen Unterdrückten bewiesen, daß der Durchbruch der imperialistischen Front möglich ist, und zwar nur im offenen bewaffneten Massenkampf. Dieser Anschauungsunterricht wird für alle unterdrückten Völker, in erster Linie für die des versklavten Indiens, von größter Bedeutung sein, und es ist wohl die schwache Stelle des Kongresses, daß er nicht praktisch die Frage gestellt hat, in welcher Weise die Lehren der chinesischen Revolution für den nationalrevolutionären Kampf in Indien nutzbar zu machen sind

für einen Kampf, in dem, wie aus dem weiter unten angeführten Artikel zu ersehen ist, der englische Imperialismus vorläufig der freche Sieger bleibt.

Auch die englische Delegation brachte zum Kongreß ernste, bittere Erfahrung mit, eine Erfahrung, deren aufrichtige, konsequente Berücksichtigung eine Garantie dafür sein sollte, daß die Resolutionen des Kongresses nicht unklare, fromme Vorsätze bleiben, mit denen bekanntlich die Hölle des reformistischen Kompromißlertums gepflastert ist. In den Kongreß-resolutionen ist die Rede vom Generalstreik im Fall des Krieges, von einer Verhängung der Schiffssperre und dem Transportstreik zur Verhinderung der Truppensendungen der Imperialisten. Bis zu dem Generalstreik in England und bis zu dem heroischen Kampf der Bergarbeiter konnte man noch, falls genügend Naivität und Kurzsichtigkeit vorhanden war, von diesen Methoden des Kampfes reden, ohne sich Rechenschaft abzulegen über die schweren Opfer und die mächtige Organisiertheit, die für die Verwirklichung dieser Maßnahmen erforderlich sind. Jetzt genügen Naivität und Kurzsichtigkeit allein, auch wenn man damit so stark belastet ist, wie das bei der Independent Labour Party der Fall ist, nicht mehr, um diese Worte zu gebrauchen, und sich dabei nicht im Klaren zu sein, welche Verpflichtungen sie auferlegen. Die tragische Kapitulation des englischen Generalstreiks in dem für die Bourgeoisie allerkritischsten Augenblick hat den Massen nicht nur die ganze Gefährlichkeit der reformistischen Führung in diesem Kampfe anschaulich vor Augen geführt, sondern auch bewiesen, daß der Generalstreik in seiner Weiterentwicklung unvermeidlich einen allmählichen Uebergang zu höheren Formen des revolutionären Kampfes voraussetzt. Die trotz aller Selbstaufopferung und allem Heroismus erfolgte Niederlage der englischen Bergarbeiter muß als ein lebendiger Vorwurf und eine gebieterische Mahnung vor den Augen aller ehrlichen Revolutionäre stehen, wenn sie Resolutionen über Schiffssperre und Transportstreik fassen. Man darf auch nicht einen Augenblick lang vergessen, daß das kontinentale sowie das englische Proletariat organisatorisch sich nicht als genügend stark erwiesen haben, um die Sabotage des reformistischen Apparates zu brechen, die Gewerkschaftsbürokraten beiseite zu schieben und über ihre Köpfe hinweg eine wirksame Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu organisieren. Diese seine organisatorische Schwäche, diese ungenügende Aufmerksamkeit den Aufrufen, Hinweisen und Forderungen der Kommunistischen Internationale gegenüber muß jetzt das englische und nach ihm auch das kontinentale Proletariat teuer bezahlen. Nach dieser Lehre wäre es nicht nur naiv, sondern direkt verbrecherisch, über einen Generalstreik zu reden, und sich nicht darum zu kümmern, die verschiedenartigen Organisationsformen auszubauen und zu festigen, ohne die die Hoffnung auf den Streik lediglich eine gefährliche Illusion ist.

Der Vertreter der Independent Labour Party, Brockway, hat auf dem Kongreß offen zugegeben, er schäme sich für die Politik der Arbeiterregierung Macdonalds in bezug auf Indien und für das Doppelspiel der Labour Party hinsichtlich Chinas. Na, Reue ist eine gute Sachel! Sie wird noch besser, wenn sie, wie im gegebenen Falle, nicht zuletzt durch die unerbittliche Kritik der Massen hervorgerufen worden ist. Unter diesem Gesichtswinkel wäre es ein grober Fehler, die Bedeutung zu unterschätzen, die der Teilnahme der „linken“ Führer an dem Kongreß zukommt, einer Teilnahme,

die die wirklich tiefgehende, wirklich ernste Linksschwenkung der breiten Arbeitermassen zum Ausdruck bringt. Aber wenn Brockway auch künftig seine Politik in die Formel persönlicher Reue zu kleiden gedenkt, die durch den Satz charakterisiert wird: Ohne Sünde keine Reue, ohne Reue kein Heil, so wird die Arbeiterbewegung an dieser seiner persönlichen Vervollkommnung herzlich wenig profitieren. Die bloße Reue der Führer der Independent Labour Party reicht für ihr „Heil“ in den Augen der Arbeiterklasse genau so wenig aus, wie die Umarmung Lansburys mit dem Vertreter der chinesischen revolutionären Volksarmee nicht ausreicht, um die verbrecherischen Fehler der Arbeiterpartei und des Generalrats in der Stellungnahme zur Intervention und das nachsichtige Verhalten Lansburys zu diesem Fehler zu korrigieren. Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker können nicht übersehen, daß am selben Tage, als Lansbury seine alle Achtung verdienenden Gefühle der chinesischen Revolution gegenüber demonstrierte, auf den Straßen Schanghais der englische Imperialismus die Straflosigkeit seines Treibens demonstrierte, indem er einen Paradezug der Okkupationstruppen veranstaltete, gegen deren Entsendung die Unabhängige Arbeiterpartei, trotz aller Aufforderungen der Kommunistischen Partei, nicht mit der notwendigen Energie aufgetreten war. Die Reue Brockways und die Umarmung Lansburys werden der chinesischen Revolution nichts Positives geben, wenn sie nicht von offenen Aktionen gegen Intervention und Krieg begleitet werden.

Diese Elemente der Unklarheit, der Halbheit, des Schwankens können nur in der Praxis überwunden werden, durch den Uebergang zu einer wirklichen organisatorischen Arbeit. Und Genosse Münzenberg war vollkommen im Recht, als er, die Ergebnisse des Kongresses resümierend, darauf hinwies, daß die ganze antiimperialistische Arbeit noch erst bevorsteht. Es dürfte kaum zu bezweifeln sein, daß die Bourgeoisie und die reformistischen Führer durch ihre Terrortaktik dazu beitragen werden, daß die einzelnen auf dem Kongreß vertretenen Strömungen zur realen Erkenntnis kommen, und die Unklarheiten, an denen der Kongreß so reich war, überwunden werden. Das erste Signalzeichen, das das empfindlichste Barometer der englischen Konterspionage, der „Vorwärts“, gegeben hat, haben wir bereits erwähnt. Es liegen schon Nachrichten vor, daß die Reformisten in den Farbigen-Gewerkschaften Südafrikas ihr zahlenmäßiges Uebergewicht im Vorstand ausgenutzt haben, um den vom Nationalkongreß der Neger Südafrikas zum Kongreß entsandten Delegierten aus dem Verband auszuschließen. Um diesen Ausschluß entbrennt bereits der Kampf der in den Gewerkschaften organisierten Massen, die gegen die reformistischen Spalter, die sich um die Bourgeoisie verdient machen wollen, Protestresolutionen fassen. Und wenn die Massen tatsächlich in den Kampf hineingezogen werden, dann wird die antiimperialistische Liga einer Kontrolle unterworfen sein, die sie vor vielen Gefahren und Fehlern bewahren und in die Bahn eines wirklichen revolutionären Kampfes leiten wird.

A. MARTYNOW:
ZUR UMGRUPPIERUNG DER KRÄFTE DER
CHINESISCHEN REVOLUTION

Das 7. Plenum des EKKI konstatierte im Zusammenhang mit der Verschärfung der Klassengegensätze in China folgendes:

„Nun befindet sich die Bewegung an der Schwelle des dritten Stadiums und steht vor einer neuen Umgruppierung der Klassen. In diesem Entwicklungsstadium tritt als treibende Kraft der Bewegung ein Block von noch stärkerer revolutionärer Natur auf, der Block des Proletariats, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums, während gleichzeitig ein großer Teil der kapitalistischen Großbourgeoisie ausgeschaltet wird. Das bedeutet nicht, daß die ganze Bourgeoisie als Klasse von der Arena des nationalen Befreiungskampfes verdrängt werden wird. Es kann sein, daß neben den Klein- und Mittelschichten des Bürgertums auch einige Schichten der Großbourgeoisie noch eine Zeitlang mit der Revolution gehen.“

In diesem Stadium wird das Proletariat immer mehr der Hegemon der Bewegung.“

Die Plenarresolution des EKKI brachte diese unvermeidliche Umgruppierung der Kräfte vor allem mit dem Anwachsen der Bauernbewegung in Zusammenhang, über die in der Resolution folgendes gesagt wird:

„Die Frage der Agrarrevolution nicht an eine hervorragende Stelle im Programm der nationalen Befreiungsbewegung zu stellen aus Angst, man könnte die zweideutige und verräterische Mitarbeit einer Schicht der kapitalistischen Klasse verlieren, ist falsch. Das ist eine nichtrevolutionäre Politik des Proletariats. Die kommunistische Politik muß von solchen Fehlern frei sein.“

Seit dem Plenum hat die obenerwähnte Verschärfung der Klassengegensätze in Stadt und Land bedeutende Fortschritte gemacht, und zwar dank der weiteren Entwicklung der Arbeiter- und Bauernbewegung in Honan und Hobei, und dank des verstärkten Drucks der Imperialisten, der wachsenden Bedrohung durch eine offene Intervention. Das eine wie das andere treibt den rechten Flügel der Bewegung auf den Weg der Nachgiebigkeit und der Kompromisse. Das Ergebnis davon ist eine Reihe von Reibungen und Konflikten zwischen den einzelnen, unter dem Einfluß der Rechten stehenden Vertretern der Regierung und der Generalität einerseits und den Massen andererseits, deren Einstellung ihren Ausdruck im linken Flügel der Kuomintang findet.

Der linke Flügel bildet die bedeutende Majorität der Kuomintang. Auf der zweiten Konferenz der Kuomintang im Januar 1926 gehörten von 273 Delegierten 168 dem linken und kommunistischen Flügel an. Für das Zentrum traten 65 Delegierte ein, für den rechten Flügel nur noch 45. Von den 250 000 Mitgliedern der Kuomintang gehörten außer 70 000 Soldaten 150 000 Mitglieder dem linken und kommunistischen Flügel an, während das Zentrum und der rechte Flügel insgesamt bloß 30 000 Mitglieder umfaßten. Neun Zehntel der örtlichen Parteiorganisationen stehen unter der Leitung des linken Flügels und der Kommunisten. Dessenungeachtet gehört ein gewisser Teil sowohl der Nationalregierung als auch der Heerführer zum Zentrum, wobei in dem Maße, wie das feindliche Heer zerfällt und be-

deutende Truppenteile zur revolutionären Armee übergehen, die rechten Elemente der Generalität Verstärkung erhalten.

Der bedeutendste Ideologe des Zentrums und der rechten Kuomintangmänner ist Dai-Tschi-tao. Das Wesentliche seiner Richtung besteht in folgendem: 1. Er verneint den Klassenkampf, die Teilung der Gesellschaft in Klassen, und setzt dieser die Teilung der Gesellschaft in zielbewußte und nicht zielbewußte Elemente entgegen. Die zielbewußten, herrschenden Elemente sind berufen, die Interessen der nichtzielbewußten zu vertreten und zu verteidigen. 2. Er setzt der Klassendiktatur die „revolutionäre Diktatur“ entgegen. Nicht die Klassendiktatur des Proletariats wird zur Aufhebung der Klassen führen, sondern die „revolutionäre Diktatur“ des Staates, der alle Klassen vereinigt und im Verlauf der „Volksrevolution“ die „Verwirklichung des Sozialismus“ im Geiste Sun-Yat-sens herbeiführen wird. 3. Er ignoriert die Kommunistische Internationale als Mittelpunkt der Weltrevolution und stellt sich das Ziel, die nationale Revolution, d. h. in Wirklichkeit die bürgerliche nationale Revolution, durchzuführen. Dementsprechend neigt er bloß zur Bekämpfung des am aggressivsten auftretenden englischen Imperialismus, der die nationale chinesische Revolution offen angreift.

Dieser Ideologie entspricht manchmal auch die Praxis der Generalität und der Nationalregierung, besonders in den Provinzen. In Worten anerkennen sie die Beschlüsse der Kuomintang, in der der linke Flügel vorherrschend ist, in der Tat jedoch führen sie nicht immer diese Beschlüsse aus und mißachten sie so lange, bis der starke Druck der Massen sie zu einer Aenderung ihrer Maßnahmen veranlaßt.

Als Tschang-Kai-schi seinen Feldzug nach dem Norden begann, blieb die Macht in Kwantung in den Händen des Zentrums. Aber der linke Flügel in und außerhalb der Kuomintang nahm während dieser Zeit bedeutend zu; sein Einfluß erfaßte breite Massen der Arbeiter, Bauern, Kaufleute und Studenten. In der Militärschule Wampu stehen heute 90 Prozent der Schüler auf seiten des linken Flügels. Die Massen mißbilligten einige Maßnahmen der Regierung von Kwantung. Das ergab Mitte Oktober den Grund zur Einberufung des Erweiterten Plenums des Zentralkomitees der Kuomintang, der Mitglieder des Zentralkomitees und der Vertreter der Bezirksorganisationen. Eine bedeutende Anzahl der Delegierten gehörten zum linken Flügel, und die von der Konferenz gefaßten Beschlüsse waren gleichfalls entschieden links gerichtet. Die Konferenz befürwortete die Wiedereinsetzung und die Unterstützung des früheren Führers des linken Flügels, Wang-Ting-wei. Sie befürwortete die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen, einschließlich des Ausschlusses aus der Partei gegenüber den rechten Kuomintangmitgliedern, die an der Konferenz in Sytschuan teilgenommen hatten. Sie bestätigte die Notwendigkeit, an dem Bündnis mit der Sowjetunion festzuhalten, und verfaßte ein Programm für eine die Interessen der Arbeiter und Bauern vertretende Politik. Einer der neuen Führer des linken Flügels, Han-Nhe-hang, veröffentlichte eine Broschüre, in der er beweist, daß die Bauernschaft die Klassenbasis der Kuomintang bilden müsse.

Die Beschlüsse des Erweiterten Plenums der Kuomintangzentrale wurden formal weder von der Generalität noch von der Nationalregierung abgelehnt,

aber sie werden des öfteren nicht durchgeführt. Die alte, von Kao-Ing-fang geleitete Provinzialregierung von Kwantung war bereits im September v. J. abgesetzt worden. Aber die neue Regierung, die seit dem November amtiert, besteht in ihrer Majorität gleichfalls nicht aus Linken; von den zehn Regierungsmitgliedern gehören nur zwei dem linken Flügel an. In Tschiaschan, in Swatau, in Pankau fanden Konflikte zwischen den lokalen Behörden und den Arbeitern statt.

Augenscheinlich als Antwort auf zwei Streiks — auf den Streik im Arsenal, der bereits im Mai 1926 stattgefunden und zu Reibungen zwischen Arbeitern und der lokalen Macht geführt hat, sowie auf den Streik der Angestellten neun Kantoner Banken (5. Dezember 1926) veröffentlichte die Kantonregierung am 5. Januar 1927 ein neues Streikgesetz, welches den Arbeitern das Waffentragen bei Demonstrationen, Verhaftungen von Kaufleuten und Industriellen, die Beschlagnahme ihrer Waren verbietet und ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren für eine Reihe von Konflikten einführt. Dieses Gesetz enthält eine Reihe von Paragraphen zum Schutze der Arbeiterinteressen: Verbot des Streikbruchs, Verbot der Gründung gelber Gewerkschaften durch die Unternehmer, Verbot des Beitritts von Großkaufleuten zu Gewerkschaftsorganisationen, Auszahlung eines vollen Monatslohnes an die Arbeiter im Falle ihrer Entlassung und eines zweimonatlichen Lohnes im Falle der Schließung des Betriebes ohne genügende Begründung, Entschädigung streikender Arbeiter nach ihrer Rückkehr zur Arbeit für die ganze Dauer des Streiks nach erhöhtem Tarif. Neben diesen Paragraphen gibt es aber andere, die die Streikfreiheit mehr beschränken, als dies die Interessen der Verteidigung während eines revolutionären Krieges erfordern. So wird zum Beispiel das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren nicht nur in Betrieben der Militärindustrie, in kommunalen und Finanzbetrieben eingeführt, sondern auch in Betrieben, deren Produktion die wichtigsten Lebensbedürfnisse deckt. Die Liste dieser letzteren ist noch nicht ausgearbeitet; es ist aber klar, daß man beliebige Betriebe unter diese Kategorie bringen kann.

Die tatkräftigen Aktionen der Massen, die Wachsamkeit und Aktivität der linken Elemente machten des öfteren die Fehler der Provinzialbehörden wieder gut. So wurde z. B. der reaktionäre Bürgermeister von Swatau seines Amtes enthoben. So wurde dank dem Drucke des linken Flügels Kao-Ing-fang, der Volkskommissar der Kantonregierung, der die Interessen der Gutsbesitzer und Vornehmen verteidigte, abgesägt und durch Tschen-Sogu-fen, einen Anhänger Wang-Ting-weis, ersetzt. Ferner mußte der General Ho-Ing-kiang, der infolge des Krieges in Fukiang gezwungen war, seine Truppen aus Dunkiang (dem östlichen Teil der Provinz Kwantung) zurückzuziehen, seine feindselige Stellungnahme zu den Arbeitern und Bauern aufgeben, um mit deren Hilfe seine Nachhut zu schützen; infolgedessen gerät Dunkiang, ein früherer Stützpunkt des rechten Flügels in Kwantung, allmählich unter den Einfluß des linken Flügels.

Infolge der Wachsamkeit der Linken und Kommunisten gelingt die Korrektur der Fehler der Provinzialbehörden. Aber schon die Tatsache, daß diese Fehler häufiger werden, trägt dazu bei, daß die rechten Mitglieder der Kuomintang sich erheben und ihre Kräfte zu sammeln suchen. In ihren Kreisen werden sehr kennzeichnende Erklärungen abgegeben. So sagte beispielsweise das rechte Kuomintangmitglied Tsching-Wei-feng folgen-

des: „Unsere wichtigste Aufgabe ist die Expedition nach dem Norden; deren Parole: „Nieder mit dem Imperialismus!“ darf vorerst nicht betont werden.“ Ein anderer rechter Kuomintangmann, Wai-Lia-wu sagte: „Anscheinend sind die Großmächte bereit, die Nationalregierung anzuerkennen; also muß der anti-imperialistischen Bewegung Einhalt geboten werden, um die Hindernisse für die Anerkennung aus dem Wege zu schaffen.“ Diese Erklärungen sind sehr kennzeichnend; sie zeigen, daß die Belebung des rechten Flügels in engem Zusammenhang mit dem Drucke der Imperialisten steht, die einerseits ihre Kreuzer nach Schanghai schicken und andererseits liberale Noten veröffentlichen, um auf diese Weise die nationale Freiheitsbewegung zu spalten und die chinesische Bourgeoisie für sich zu gewinnen.

Die Chinesische Kommunistische Partei hält im großen und ganzen die notwendige Linie ein und orientiert sich richtig bei den komplizierten Zuständen; aber die außerordentlich schweren und verwickelten Aufgaben, die sich angesichts der zunehmenden Klassengegensätze in China vor ihr erheben, rufen in dem einen oder anderen Genossen bald rechte, bald linke Abweichungen hervor. So z. B. verteidigten manche Genossen das Prinzip der Regierungsschiedsgerichte zur Vermeidung von Streiks unter allen Umständen. Diese Schiedsgerichte wären in der Tat eine genügende Sicherung für die Verteidigung der Arbeiterinteressen, wenn in der Regierung Kommunisten säßen und einen entscheidenden Einfluß ausüben würden. Bislang trifft dies jedoch noch nicht zu, und deshalb können die Arbeiter, durch Revolution und Kampf sehend geworden, nicht auf die umfassende Anwendung des Streiks verzichten, soweit dieser nicht für die Interessen der revolutionären Kriegsführung nachteilig ist.

Neben den Abweichungen nach rechts lassen sich bei manchen Genossen Schwankungen nach links feststellen. Im politischen Bericht vom 13. Dezember 1926, der auf der außerordentlichen Tagung der Zentrale der Chinesischen Kommunistischen Partei verlesen wurde, werden beispielsweise folgende Tatsachen vermerkt: Ein Genosse aus Kanton erklärte: „Am 20. März 1926 starb die Kuomintang und seit dem 15. Mai ist sie verwest. Weshalb denn sollen wir den verwesten Leichnam mit unseren Händen stützen?“ Aus diesen Worten spricht eine sehr gefährliche linke Abweichung. Erstens ist es falsch, daß die Kuomintang sich zersetzt. Wie wir gesehen haben, wächst ihr Einfluß auf die Massen und wächst in ihr selbst der Einfluß des linken Flügels. Deswegen besteht die Aufgabe gegenwärtig nicht darin, daß die Kommunisten der Kuomintang den Rücken kehren, was den Feinden der chinesischen Revolution nur zur Freude gereichen würde, sondern darin, daß der Einfluß der linken Majorität auf Heer und Regierung gestärkt werde. Den gleichen gefährlichen Fehler macht die Kantoner Bezirksorganisation, in deren Bericht es heißt: „Was den linken Flügel anbetrifft, so existiert ein solcher überhaupt nicht.“ Der Bericht der Parteizentrale weist richtig darauf hin, daß diese Erklärung sich aus dem „falschen Maßstab“ ergibt, den die Kantoner Bezirksorganisation bei der Definierung des linken Flügels in Anwendung bringt. Den Kantoner Genossen genügt die Tatsache, daß der Kampf der linken Kuomintangmänner für die Agrarrevolution nicht weit genug geht, damit sie das absolute Fehlen eines linken Flügels feststellen. Das ist nicht richtig. Die Linken und die Kommunisten dürfen nicht mit der gleichen Elle gemessen werden. Soweit die Linken bereit sind, den

Kampf gegen den Imperialismus und den reaktionären Militarismus fortzusetzen, soweit sie bereit sind, gegen die Gutsbesitzer und die Vornehmen für die dringendsten Forderungen der Bauern, für die Ermäßigung des Pachtzinses, für die Herabsetzung des Zinsfußes, für die umfassende Organisation der Bauern, für deren bewaffneten Selbstschutz gegen Gutsbesitzer und Miliz einzutreten usw., soweit müssen sie als eine Kraft eingeschätzt werden, die der Revolution förderlich ist. Aus einer solchen unrichtigen Bewertung der Kuomintang ergibt sich für die Genossen, die für linke Abweichungen empfänglich sind, folgende falsche Schlußfolgerung: „Wir stehen auf seiten der Massen, gegen die Nationalregierung . . . Im Konflikt zwischen den Massen und der Nationalregierung tritt der Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei und der Kuomintang zutage.“ Es würde sich daraus logisch ergeben, daß die Aufgabe der Kommunistischen Partei gegenwärtig nicht darin bestehe, Einfluß auf die Nationalregierung zu gewinnen und in ihr festen Fuß zu fassen, sondern darin, diese Regierung zu stürzen. Wenn dieser Standpunkt in der Partei Verbreitung fände, dann könnten die Feinde der chinesischen Revolution nur ihre Freude daran haben. Ferner weist der Bericht der Zentrale darauf hin, daß die Kuomintang zu Unrecht dazu benutzt worden sei, um eine Politik zugunsten der Einigung zwischen den Handwerkern und Beamten einerseits, und kleinen sowie mittleren Kaufleuten in Tschung-Sa und Wu-Han andererseits zu betreiben, und daß in Wu-Han die hohen Forderungen der Handwerker und Beamten die kleinen und mittleren Kaufleute dazu veranlaßt haben, gemeinsam mit den Handelskammern gegen die Gewerkschaften aufzutreten. Soweit solche Tatsachen wirklich vorgekommen sind, muß auch hier folgerichtig Stellung genommen werden. Wird einmal auf einen Block des Proletariats, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums unter Leitung des ersteren hingesteuert, so ist es klar, daß bei allem entschiedenen Eintreten für die Interessen der Handwerker den Interessen der Kleinhändler Rechnung getragen werden muß, damit die Kleinbourgeoisie nicht dem revolutionären Block entfremdet und der gegenrevolutionären Großbourgeoisie ausgeliefert werde.

Die rechten und linken Abweichungen der einzelnen Genossen in der Chinesischen Kommunistischen Partei ergeben sich aus der nicht genügend klaren Auffassung von Charakter und Eigenart der chinesischen Revolution; deswegen werden die einzelnen Kundgebungen der Genossen von der augenblicklichen Stimmung diktiert, was ungeachtet der besten subjektiven Absichten der Genossen objektiv zu einem Abweichen von der richtigen, prinzipiell eingehaltenen proletarischen Linie führt.

In der Diskussion und der Resolution über die chinesische Frage im 7. Plenum des EKKI wurde darauf hingewiesen, daß die chinesische Revolution eine gewisse Aehnlichkeit mit der russischen Revolution 1905 zeige, daß sie daneben aber sehr wesentliche Eigenheiten aufweise.

Ihre erste Eigenheit besteht darin, daß sie gegen den Imperialismus gerichtet ist, daß sie angesichts des Niederganges des Kapitalismus verläuft, daß sie deswegen nur im Bunde mit der Sowjetunion und der revolutionären Bewegung des Weltproletariats siegen kann, daß im Falle eines erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus die Diktatur des Proletariats, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums zur Verwirklichung der demokratischen Aufgaben der Revolution, zur nationalen Befreiung Chinas, unvermeidlich in

die sozialistische Revolution hineinwachsen muß, daß also die nationale Freiheitsbewegung Chinas ein Teil der proletarischen Weltrevolution ist, im Unterschied zu den früheren nationalen Freiheitsbewegungen, die einen Teil der allgemeinen demokratischen Bewegung darstellen. Die ungenügend klare Vorstellung von dieser Eigenheit der chinesischen Revolution und die daraus sich ergebende Strategie der Chinesischen Kommunistischen Partei bilden für einzelne Genossen den Grund zu rechten Abweichungen; die rechten Abweichungen offenbaren sich in der ungenügend tatkräftigen Bekämpfung der Ideologie des Dai-Tschi-tao und in der entsprechenden Handlungsweise des rechten Flügels der Kuomintang und derjenigen Machthaber, die unter dem Einfluß der Rechten stehen.

Aus dem gleichen Umstand, daß die chinesische nationale Freiheitsbewegung gegen den Imperialismus und die Vorherrschaft des fremden Kapitals in China gerichtet ist, ergibt sich ein anderer Unterschied zwischen der chinesischen Revolution und der russischen Revolution 1905, ein Unterschied, dessen Ignorierung zu linken Abweichungen führt. Zum Unterschied vom zaristischen Rußland leidet das heutige China unter der allseitigen Unterjochung durch den fremden Kapitalismus; es befindet sich in der Lage einer Halbkolonie. Eben deshalb war die revolutionäre Front in den ersten Stadien der chinesischen Revolution viel breiter als in Rußland im Jahre 1905. In Rußland ging 1905 die Initiative und die Führung der revolutionären Bewegung von der proletarischen Partei aus. Sie war die erste regierungsfeindliche Partei, sie war vor den anderen Parteien entstanden, und ihr fiel die unbedingte Hegemonie in der revolutionären Bewegung zu. Die russische liberale Bourgeoisie trottete hinter ihr her und war bestrebt, bei der geringsten Verzögerung der Bewegung zu einem Vergleich mit dem zaristischen Rußland zu kommen. Anders lagen die Dinge in China.

Dank dem Druck des fremden Imperialismus, unter dem in China nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch die junge industrielle Bourgeoisie zu leiden hat, die von dem fremden Kapital daran gehindert wird, an der Entwicklung der chinesischen Industrie mitzuwirken, erfaßt die revolutionäre Bewegung in China weite Kreise der Bourgeoisie. Zum Unterschied vom Rußland des Jahres 1905 ging im China des Jahres 1919 die revolutionäre Initiative von der industriellen Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz aus. Infolgedessen und infolge der Zersplittertheit Chinas wurde dort ein revolutionärer Krieg unter Führung einer mit der Bourgeoisie innig verbundenen Generalität möglich, die den revolutionären Kampf gegen die Feudalen und die nördlichen Militaristen sowie gegen den Imperialismus anführt. Daraus ergibt sich, daß die Chinesische Kommunistische Partei in ihrem Verhältnis zur Nationalregierung und zu den Anführern des Revolutionsheeres nicht einfach die Taktik kopieren kann, die die Bolschewisten im Jahre 1905 gegen die russische liberale Bourgeoisie in Anwendung brachten. Vor der Chinesischen Kommunistischen Partei steht ebenso wie vor den Bolschewisten im Jahre 1905 das nicht zu umgehende Problem der Errichtung einer revolutionären proletarisch-bäuerlichen Diktatur unter Führung des Proletariats. Aber der Weg zu dieser Diktatur ist nicht der gleiche wie der Weg der Bolschewisten im Jahre 1905. In Verfolgung dieses Bildes darf die Chinesische Kommunistische Partei nicht dem von bürger-

lichen Generalen geleiteten Revolutionsheer und der Nationalregierung Schwierigkeiten bereiten, sondern sie muß im Gegenteil deren revolutionären Kampf unterstützen. Aus eben dieser eigenartigen Lage ergibt sich, daß die Chinesische Kommunistische Partei, deren Ziel die Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums ist, im gegenwärtigen Stadium, solange die Kommunisten noch nicht unmittelbar an der Regierung beteiligt sind, das Bestreben zeigt, das diktatorische Gebaren der einen oder anderen Generale der Nationalarmee abzuschwächen, und zwar dadurch, daß sie die demokratischen Freiheiten befestigt, nicht aber dadurch, daß sie den Sturz der Generalstabsdiktatur und die Errichtung der Diktatur der unterdrückten Klassen durch offenen Kampf anstrebt.

Aus derselben Eigenart der chinesischen Revolution, daß sie gegen den Imperialismus gerichtet ist, der verschiedene Klassen der chinesischen Bevölkerung unterjocht, und zum Teil aus den Eigenheiten der Wirtschaftsstruktur Chinas ergibt sich, daß die von der Chinesischen Kommunistischen Partei angestrebte Diktatur der revolutionären Klassen zum Unterschied von der durch die russischen Bolschewisten im Jahre 1905 erstrebten Diktatur dazu dienen muß, nicht nur das Proletariat mit der Bauernschaft, sondern auch das Proletariat mit dem städtischen Kleinbürgertum, d. h. mit den Handwerkern und Kleinhändlern, zu verbünden, deren Anzahl 10 Millionen beträgt und die deshalb in China eine sehr bedeutende Rolle spielen. Soweit dieses Bündnis von Dauer sein soll, muß das chinesische Proletariat dem städtischen Kleinbürgertum, insbesondere den kleinen und mittleren Händlern, solche Konzessionen machen, die für das Proletariat in Rußland im Jahre 1905 keine Notwendigkeit darstellten.

Die gleiche Eigenheit der chinesischen Revolution, daß sie unmittelbar mit dem gewaltigen Weltimperialismus zusammenstößt, der China mit einer offenen Intervention bedroht, hat zur Folge, daß die Chinesische Kommunistische Partei auch auf dieser Front große Geschmeidigkeit beweisen muß in dem Bestreben, die Gegensätze zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten auszunutzen. Daraus erklärt sich unter anderem auch, daß die Chinesische Kommunistische Partei im gegenwärtigen Stadium der Revolution die bürgerliche Unabhängigkeitsbewegung in den drei Provinzen Kiangsu, Wanghai und Tschekiang unterstützt, die beim Zusammenprall mit der Schanghaier wichtigsten Basis der Imperialisten als Puffer dienen kann.

Wir sehen, daß die Chinesische Kommunistische Partei infolge der eigenartigen Bedingungen der chinesischen Revolution die größte Geschmeidigkeit offenbaren muß. Aber die Schwenkung muß dennoch durchgeführt werden. Die Umgruppierung der Revolutionskräfte ist unvermeidlich und unaufschiebbar. Der Kampf gegen die Bourgeoisie um die Führerschaft bedeutet eine unmittelbare, dringliche Aufgabe. Die Aufgabe, einen revolutionären Block des Proletariats, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums zu errichten, darf keinen Augenblick aus den Augen gelassen werden. Von ihr hängt die gesamte fernere Perspektive der chinesischen Revolution ab, d. h. die Frage, ob China sich auf nichtkapitalistischem Wege entwickeln wird, ob die chinesische Revolution ein Glied der proletarischen Weltrevolution sein wird, oder ob sich in China die bürgerliche Ordnung unter Beibehaltung der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Weltimperialismus etablieren wird. Auf

welchem Wege soll dieses Ziel erreicht werden? Diese Frage wurde durch die Resolution des 7. Plenums der Exekutive beantwortet. Zur Befestigung der proletarischen Hegemonie in der Revolution müssen die Kommunisten bei der Erweiterung ihrer Tätigkeit unter den Massen, bei der Schaffung von Massenorganisationen im Proletariat und in der Bauernschaft und bei der Ausnutzung dieser Organisationen erstens in die Nationalregierung eintreten und zweitens, ihre Positionen im Heere befestigen und bemüht sein, in der Armee leitende Posten zu bekommen, um einen innigen Zusammenhang zwischen dem Revolutionsheer einerseits und den proletarischen und bäuerlichen Organisationen andererseits zustande zu bringen. Nur unter diesen Umständen wird die Nationalregierung eine konsequente Politik verfolgen, die den Interessen der Arbeiter, Bauern und der Kleinbourgeoisie vollkommen entspricht. Nur unter diesen Bedingungen wird es möglich sein, in dem für den Erfolg der Revolution so wichtigen Lande die revolutionäre Ordnung zu sichern, und wird es in vielen Fällen möglich sein, durch Regierungsschiedsgerichte und durch Regierungsdekrete jene Fragen zu lösen, die gegenwärtig durch Arbeiterstreiks und elementare Bauernbewegungen ausgetragen werden.

Die Frage ist, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Können die Kommunisten eine Teilnahme an der Regierung ohne einen entscheidenden Zusammenstoß und einen schweren Kampf mit der gegenwärtigen Macht, d. h. ohne eine zweite Revolution, erzwingen? Wir glauben, daß eine solche Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen ist. Die Kommunisten und die Klassen, mit denen jene in innigem Zusammenhang stehen, spielen bereits heute eine solche ungeheuer große Rolle in der chinesischen Revolution, daß — wie es jedem klar sein muß — ohne sie die bereits erreichten revolutionären Erfolge unmöglich gewesen wären. Obwohl das Heer in der chinesischen Revolution eine ungeheure Rolle spielt, wäre es naiv, zu glauben, daß es in einem luftleeren Raume agiert und daß sein Erfolg nicht in sehr hohem Grade von der revolutionären Bewegung der Massen und ihrer Führer abhängt. Es darf nicht vergessen werden, daß die Befestigung der Macht der Kantonregierung und der Kräfte der Kantonarmee ohne den Streik der Arbeiter in Hongkong unmöglich gewesen wäre. Es darf nicht vergessen werden, daß die Nordexpedition der Kantonarmee unmöglich gewesen wäre, wenn nicht der Arbeiterstreik in Schanghai der revolutionären Bewegung in China den Charakter eines allgemein nationalen Aufschwunges verliehen hätte. Es darf nicht vergessen werden, daß die Besetzung der Konzessionen in Hankau das Werk der Arbeiter gewesen ist. Es darf nicht vergessen werden, daß die Soldaten der Revolutionsarmee wohl Söldner sind, aber sich doch aus proletarisierten Bauern rekrutieren, und daß ihre Standhaftigkeit in bedeutendem Maße von dem Aufschwung der bäuerlichen revolutionären Bewegung abhängt, daß andererseits die Abkehr einer unbefriedigten Bauernschaft von der Revolution unvermeidlich zu ihrer Niederlage führen würde, wie der mißlungene Zusammenstoß der Nationalarmee mit Wu-Pei-fu beweist, der sich die Unzufriedenheit der Bauern zunutze gemacht hatte. Es braucht ferner kaum bewiesen zu werden, daß der Schwung und die Siege der chinesischen Revolution ohne das Bündnis mit der Sowjetunion und der internationalen Revolutionsbewegung des Proletariats unmöglich gewesen wären. Endlich übten die Kommunisten sogar auf die militärische Strategie der

Generale in der chinesischen Revolutionsarmee eine günstige Wirkung aus, indem sie die Gegensätze zwischen ihnen beseitigten und zur Aufstellung einer einheitlichen Kampffront beitrugen. Die chinesische Revolutionsarmee hätte z. B. in Kiangsi eine schwere Niederlage erleiden können, wenn nicht auf Betreiben der linken Elemente zwei Armeekorps rechtzeitig ihr zur Hilfe gekommen wären.

Gerade weil die nächste Aufgabe der Befreiung und Vereinigung Chinas und seine Befreiung aus der Gewalt des Weltimperialismus, ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei und ohne ein Bündnis mit dem Weltproletariat unmöglich ist, gerade deshalb erscheint eine relativ reibungslose Heranziehung der Kommunisten zur Teilnahme an der Macht möglich.

Die Feinde der chinesischen Revolution legen sich vollkommene Rechenschaft darüber ab, daß die Kommunisten in ihr eine ungeheure Rolle spielen und daß ohne sie die Revolution sich schon längst das Genick gebrochen hätte. Deshalb bezwecken die nördlichen Militaristen mit ihrem Kampf gegen die durchaus nicht von Kommunisten angeführte Kantonarmee hauptsächlich und unmittelbar die Vernichtung der kommunistischen Hydra in China. Sehr kennzeichnend in dieser Hinsicht ist die politische Deklaration Sun-Tschuanfangs vom 26. Dezember vorigen Jahres. Diese Deklaration beginnt mit den folgenden Worten:

„Zum Schutze meiner Provinz unternahm ich den Feldzug nach Kiangsi. Unglücklicherweise habe ich diese Provinz eingebüßt. Wenn es sich um meine eigenen Interessen oder um die Interessen meiner Familie handeln würde, könnte ich viele Auswege finden, aber jetzt habe ich beschlossen, den Krieg gegen unsere Feinde fortzusetzen, um unser Land vor dem eindringenden Sowjetkommunismus zu beschützen.“

Zum Schluß sagt er, daß er bereit sei, auf alle seine Aemter zu verzichten, sobald er sein Ziel erreicht und der kommunistischen Hydra das letzte Haupt abgeschlagen haben werde.

Wenn die offenen Feinde der Revolution zugeben, daß diese nur nach Vernichtung des Kommunismus unterdrückt werden könne, so anerkennen andererseits sogar die unzuverlässigen und inkonsequenten Freunde der chinesischen Revolution in Augenblicken der Erleuchtung, daß die chinesische Revolution ohne die Kommunisten nicht siegen könne. Es ist sehr kennzeichnend, daß kein anderer als Dai-Tschi-tao, der Ideologe des rechten Flügels der Kuomintang, während der letzten Konferenz der Kuomintangzentrale im Oktober vorigen Jahres, übrigens wohl aus taktischen Erwägungen, in seiner Rede an die Studenten der Sun-Yat-sen-Universität in Kanton erklärte:

„Die Kommunisten innerhalb unserer Kuomintang sind die Lokomotiven; wir aber, die Kuomintangmitglieder, sind die Passagier- und Frachtwagen. Ohne diese Lokomotiven können die Wagen nicht von der Stelle; ohne sie kann sich die chinesische Revolution nicht der Weltrevolution anschließen.“

Eben diese wichtige Rolle der Kommunisten, die gleichermaßen von den Feinden wie von den Anhängern, auch den schwankenden und unentschlossenen, der chinesischen Revolution anerkannt wird, eben diese Rolle spricht dafür, daß der vom 7. Plenum des EKKI in Aussicht genommene strategische Plan der Chinesischen Kommunistischen Partei verwirklicht werden kann, wenn diese auch fernerhin mit aller Energie seine Ausführung betreiben wird.

SAWDAR:

DIE FEHDE ZWISCHEN HINDU- UND MOSLEM-ELEMENTEN

Die Fehde zwischen Hindu- und Moslem-Elementen ist ein großes Hindernis des organisierten Kampfes der indischen nationalen Bewegung. Die indische nationale Bewegung befindet sich seit Ende 1922 in einer Periode des Niederganges. Die nationale Bewegung (1920/21) barg in sich eine tödliche Gefahr für den englischen Imperialismus. Zum ersten Male in der Geschichte Indiens verwandelte sich die revolutionäre Bewegung in eine wirkliche Massenbewegung. Stellenweise entwickelte sie sich zu offenen Aufständen. Es waren das die Zusammenstöße der armen Bauern und der städtischen Arbeiter mit den Behörden. Natürlich hatten damals weder die Regierung noch die indischen Nationalisten Zeit, sich mit der provokatorischen Schürung der Fehde zwischen Hindu und Moslem abzugeben. Die Kraft der Bewegung setzte sie derart unter Druck, daß sie ganz den Kopf verloren. Die liberalen Führer des indischen Nationalkongresses bekamen es jedoch mit der Angst zu tun und gaben das Signal zum Rückzuge. In der berühmten Resolution von Bardoli heißt es:

„1. Das Exekutivkomitee bedauert das unmenschliche Vorgehen der Menge in Tschuri-Tschara, die dort in viehischer Weise zwei Polizisten ermordete und in gleich sinnloser Weise ein Polizeirevier niederbrannte. Angesichts dessen, daß Gewaltakte stets dann vorkommen, wenn zur Massengehorsamsverweigerung der Zivilbevölkerung aufgefordert wird, was übrigens davon zeugt, daß das Land noch nicht weit genug ist, um ohne Gewaltanwendung auskommen zu können, beschließt das Exekutivkomitee des Kongresses die Einstellung der Massengehorsamsverweigerung der Zivilbevölkerung und schlägt den Ortskomitees des Kongresses vor, zur Entrichtung der Bodenabgaben an die Grundbesitzer sowie sämtlicher anderen Regierungssteuern aufzufordern und jegliche andere Tätigkeit offensiven Charakters einzustellen ... 6. Das Exekutivkomitee schlägt dem Kongreß und den Organisationen vor, den Bauern zur Kenntnis zu bringen, daß die Nichtentrichtung der Grundrente an die Gutsbesitzer in Widerspruch steht zu den Beschlüssen des Kongresses und die Lebensinteressen des Landes schädigt. 7. Das Exekutivkomitee gibt den Gutsbesitzern die Versicherung, daß sich die Bewegung des Kongresses keinesfalls gegen ihre gesetzlichen Rechte richtet und daß es wünscht, es möchte in jenen Fällen, in denen die Bauern Beschwerde führen, durch gegenseitiges Uebereinkommen oder Schiedsgerichte ein Ausweg gefunden werden.“

Diese Resolution zeigt, daß es die führende Instanz der Nationalbewegung in einem kritischen Augenblick für ihre Pflicht erachtete, für die Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten, anstatt für die Interessen der von ihr angeführten Massen einzutreten. Dieser Verrat der bürgerlichen Führung wurde denn auch zur Ursache der Niederlage der Revolution. Ghandi, der berühmte Führer der nationalen Bewegung Indiens, hat in einer Periode des Aufstieges der revolutionären Bewegung erklärt:

„Alle sind dazu geboren, um dem Brahminengott durch ihre Kenntnisse, Kschatry — durch ihre Kraft und ihren Schutz, Waisim — durch ihre kaufmännischen Fähigkeiten, Schudra — durch ihre Körperkraft zu dienen.“

Nach 1922 wurde durch die Bildung der Swaraj-Partei vorübergehend

ein Ausweg aus der Sackgasse gefunden, in die die nationalrevolutionäre Bewegung Indiens hineingeraten war.

Der Niedergang der Swaraj-Partei trat besonders deutlich auf der letzten Tagung des indischen Nationalkongresses hervor, auf dem die Swaraj-Partei eine beherrschende Stellung einnahm. Auf diesem Kongreß wurde durch den Mund von Ghandi erklärt, daß das Ziel der nationalrevolutionären Bewegung in der Selbstverwaltung auf der Grundlage einer Dominion (Swaradsch) besteht und daß sowohl der Kongreß als auch die Swaraj-Partei keinesfalls auf die völlige Unabhängigkeit Indiens vom englischen Imperialismus hinarbeiten. Sogar in bezug auf die Taktik, durch die sich diese Partei stets von den anderen, offen bürgerlichen Parteien unterschied, erklärte der Vorsitzende des indischen Nationalkongresses, daß die Politik des Nichteintrittes in die Regierung keine absolute und für alle Zeiten gültige sei. Das bedeutet, daß die indischen Nationalisten bereit sind, mit den Engländern in der jetzigen anglo-indischen Regierung zusammenzuarbeiten. Dieses praktische Programm der indischen Nationalisten ist die unvermeidliche Folge der wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen den englischen und indischen Kapitalisten bei der Ausbeutung der indischen Massen. Unter diesen Verhältnissen mußte deshalb die Fehde zwischen den Hindu- und Moslem-Elementen überaus scharfe Formen annehmen.

In der letzten Zeit, besonders im Verlauf des vergangenen Jahres, tritt als der charakteristische Wesenszug des politischen Lebens Indiens der Zerfall der Swaraj-Partei und die Verschärfung des Antagonismus zwischen den Hindu- und Moslem-Elementen hervor. Aus allen großen Städten Indiens kommen Meldungen über Tote und Verwundete. Ihren Höhepunkt hat diese gegenseitige Fehde in Kalkutta erreicht, wo sie in den offenen Krieg zwischen Hindu- und Moslem-Elementen umschlug. Die Zusammenstöße dauerten den ganzen Monat April an und wurden mit großer Heftigkeit ausgefochten: dabei ging man mit scharf zugespitzten Steinen, Bambusstöcken, Gewehren und Revolvern und schließlich mit Bomben gegeneinander vor. Das Ergebnis dieses Kampfes waren ungefähr 100 Tote und 1000 Schwerverwundete. Nicht umsonst verfolgt die gesamte heutige Oeffentlichkeit Indiens aufmerksam die gegenseitigen Beziehungen zwischen Hindus und Moslems, die zusammen 90 Prozent der ganzen Bevölkerung Indiens ausmachen. Die Hindubevölkerung beziffert sich auf fast 217 Millionen, d. h. 68 Prozent, die Moslems auf 63 Millionen, d. h. 22 Prozent der gesamten Bevölkerung Indiens. Was für ein Grad der Feindschaft zwischen diesen beiden nationalreligiösen Gruppen herrscht, läßt sich aus der Presse ersehen. Während der Vorgänge in Kalkutta hat eine Moslem-Organisation folgendes Flugblatt herausgegeben:

„Seid auf der Hut, Moslemiten! Die Hindus setzen ihre Angriffe gegen die Moslemiten seit gestern abend fort. Die Hindus haben Hunderte von Moslemiten erschlagen, ihre Häuser niedergebrannt, die Geschäftsläden ausgeplündert. Die Moslemiten dürfen nicht die Hände in den Schoß legen und friedlich zusehen. Für jeden getöteten Moslemiten müssen hundert Hindus büßen, und überall, wo man einen Hindu, ganz gleich ob Städter oder Bauer, antrifft, muß er auf der Stelle erschlagen werden. Schlachtet die Hinduleute ab, soviel ihr könnt.“

Der Zerfall der nationalen Bewegung wird durch den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Hindus und Moslemiten verstärkt. Infolge der Verschärfung dieser Fehde, die auf die bewußte und überlegte Politik

der Engländer zurückzuführen ist, ist die besondere politische Schule des „Kommunalismus“ entstanden. Die Kommunalisten sagen, daß das indische Volk zu einer Gemeinsamkeit der national-religiösen Anschauungen gelangen kann und muß, um geschlossen vorzugehen. Auf Grund dieses Prinzips sind besondere Organisationen sowohl unter den Hindus als auch unter den Moslemiten entstanden. Die Hauptaufgabe der Liga der Moslemiten gegenüber der neuen Partei der Moslemiten in Indien besteht ausschließlich in dem Schutze ihrer Glaubensbrüder, als Gegengewicht gegen die Interessen der Hindus, die durch die nicht minder starke und reaktionäre Organisation Hindsakaba vertreten werden. In diesen Organisationen verwandeln sich sogar mehr oder weniger revolutionäre Nationalisten in Schürer der religiösen Vorurteile der Massen. Die bedauerlichen Folgen dieses Umstandes kamen zum Ausdruck in der Spaltung der nationalen Befreiungsbewegung Indiens und selbst in der Verhetzung der einzelnen Teile der Arbeiterschaft untereinander.

Der englische Imperialismus führt diese Fehde auf den Mangel einer einheitlichen Nation in Indien zurück. Sir John Stretch, der frühere Gouverneur der vereinigten Provinzen, erklärte, daß

„die wichtigste Frage, die in Indien studiert werden muß, darin besteht, daß es ein Indien als einheitlich geschlossenes Land, das nach europäischen Begriffen wenigstens annähernd eine ethnographische, politische, soziale und religiöse Einheit darstellen würde, niemals gegeben hat und auch heute nicht gibt; es gibt kein Indien als Nation und kein Indien als Volk, von dem wir so viel vernommen haben“. (Sir John Stretch „Indien“.)

Daraus wird gefolgert, daß Indien unbedingt eine neutrale ausländische Regierung braucht, die dieses Land vor der automatischen Zerstörung bewahrt. Die „Times“ erklären offen, daß

„die Vorgänge in Kalkutta ein weiterer Beweis für die praktische Unmöglichkeit seien, Indien der Selbstverwaltung (Swaradsch) zu überlassen, und daß derjenige, der für Indien Selbstverwaltung fordert, das Hindu-Moslem-Problem nicht verstehe, obwohl es ein Problem von fundamentaler Bedeutung ist“.

In Wirklichkeit liegen natürlich die eigentlichen Ursachen der Hindu-Moslem-Fehde keinesfalls in der Annahme, daß in Indien überhaupt eine Verschmelzung und ein Zusammenschluß aller das Land bevölkernden Nationalitäten zu einem selbständigen Staat unmöglich sei. Die wirklichen Ursachen dieser Fehde wurzeln in der wirtschaftlichen Lage der Hindus und der Moslemiten. Die moslemitische Bourgeoisie Indiens ist der rückständigste Teil der indischen Bourgeoisie. Während die Hindu-Bourgeoisie schon im vergangenen Jahrhundert mit Hilfe des Nationalkongresses den Kampf gegen den englischen Imperialismus für ihre wirtschaftlichen Interessen führte, ist die moslemitische Bourgeoisie erst viel später entstanden. Nicht umsonst entstand als Gegengewicht gegen den Nationalkongreß die moslemitische Liga — die Organisation der moslemitischen Gutsbesitzer, die die soziale Stütze der englischen Herrschaft in Indien sind. Die gesamte Tätigkeit dieser Liga stand im Zeichen des Kampfes gegen den Nationalkongreß, dessen Mitglieder in der Hauptsache Hindus waren. Es ist selbstverständlich, daß es für die moslemitischen Gutsbesitzer vorteilhaft war, diesem Kampfe einen religiösen Anstrich zu geben. Die Tatsache, daß die Konkurrenz zwischen dem Handelskapital der Moslemiten und dem entwickelteren Handels- und Industriekapital der Hindus dem Kampf zwischen Hindus

und Moslemiten als einer der treibenden Faktoren zu Grunde liegt, ist zumindest daraus ersichtlich, daß das Hauptkontingent der Teilnehmer an den Kämpfen in Kalkutta Hindu- und moslemitische Händler waren. Die Ueberfälle der Moslemiten richteten sich vorwiegend gegen die Hinduhändler. Die Dinge erfahren noch dadurch eine Komplikation, daß in den einen Provinzen die Bauern — Moslemiten, die Gutsbesitzer aber Hindus sind, in anderen Provinzen dagegen das umgekehrte Verhältnis herrscht. Z. B. war der Aufstand der Mofla an der Kleinarabischen Küste, sowohl seinem Charakter als auch der Zusammensetzung seiner Teilnehmer nach, ein reiner Bauernaufstand. Da aber hier die Hindus Gutsbesitzer sind, so bezeichneten sie den Bauernaufstand nicht anders, als einen Aufstand der Moslemiten gegen den Hinduismus, in der Hoffnung, daß sie von anderen Hindus, unter anderem von den Hindubauern, Unterstützung erhalten werden. Auf eine ähnliche Lage stoßen wir auch in der Provinz Bengalen, dem jetzigen Herd und dem Mittelpunkt des hindu-moslemitischen Kampfes. Auch hier ist die moslemitische Fehde keine religiöse Frage, sondern ein soziales Problem von größter Wichtigkeit. In dieser Provinz setzen sich die Moslemiten in der Hauptsache aus Bauern zusammen. Die Unterdrückung und Ausbeutung des Bauern durch den Gutsbesitzer, der Hindu ist, erreicht erschreckende Ausmaße. Fügt man dem noch die Ausbeutung des Bauern durch den Wucherer hinzu, der gleichfalls Hindu ist, so wird ersichtlich, daß die Lage des Bauern eine absolut unerträgliche ist. Ungefähr 45 Prozent der Bauernschaft befinden sich infolge ihrer Verschuldung fast dauernd in den Klauen des Wucherers, der 75 Prozent und auch mehr Zinsen verlangt.

Dazu kommen noch die unerträglich hohen Steuern und der Bodenhunger. Der durchschnittliche Bodenanteil des bengalischen Bauern beträgt 3 acre. Daraus ergibt sich, welche Maßnahmen der indische Bauer ergreifen muß, um seine jetzige Sklaverei loszuwerden. Zu diesen Maßnahmen gehört in erster Linie die Vernichtung des englischen Imperialismus, der übermäßig hohe Steuern erhebt und den Feudalismus in Indien unterstützt, in zweiter Linie aber gehört hierzu die Konfiskation des Grund und Bodens der indischen Feudalherren. Die Unzufriedenheit der Bauernschaft hat jedoch nach außen hin eine ganz andere Richtung eingeschlagen. Die moslemitische Bourgeoisie Indiens nützt diese Unzufriedenheit der Bauern nach wie vor aus, um ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu stärken. 45 Prozent aller Stellen in den gesetzgebenden zivilrechtlichen Körperschaften sind von Moslemiten besetzt. Die moslemitische Bourgeoisie wirbt um die Unterstützung der Bauern zur Erhaltung dieser Stellen und behauptet dabei, daß die moslemitische Bourgeoisie von diesen Stellen aus für die Interessen der gesamten moslemitischen Bevölkerung Indiens eintreten werde.

Da kommen wir nun auf die Politik der englischen Regierung, jener Politik, die auf dem Grundsatz beruht: „Teile und herrsche“. Wenn nicht das System der getrennten Vertretung für Moslemiten und für Hindus in den verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften bestehen würde, so würde es auch nicht zu der bestehenden Verschärfung des Kampfes seitens der Moslemiten um die 45 Prozent der von ihnen besetzten Stellen gekommen sein. Dann würden sich die reaktionären Führer der Moslemiten nicht um jene wohl-dotierten Posten reißen und wahrscheinlich die Agitation für die heilige

Idee des Islams einstellen. Der englische Imperialismus hat jedoch vorausgesehen, daß ihm ein derartiges Reformsystem die größten Vorteile verspricht. Ausgehend von diesen Erwägungen der Vorteilhaftigkeit für die Engländer, werden denn auch seit 1909 bis heute sämtliche Reformen lediglich gewährt zur Sicherung einer privilegierten Stellung der Moslemiten. Die Engländer haben dieses System fein ausgeklügelt. Die privilegierte Stellung der Moslemiten führt unvermeidlich zum nationalen Zwiespalt zwischen Hindus und Moslemiten. Die Moslemiten haben in Anbetracht ihrer besonderen Stellung das feste Anrecht auf eine bestimmte Anzahl der gesamten Posten in den gesetzgebenden Körperschaften. Außerlich treten die Engländer für die zahlenmäßig schwache moslemitische Gemeinschaft ein, in Wirklichkeit aber streuen sie den Samen der hindu-moslemitischen Zwietracht. Der englische Imperialismus scheut dabei vor keinerlei Mitteln zurück, um seine Herrschaft in Indien aufrecht zu erhalten. Gegenwärtig, nachdem Indien mit Siebenmeilenschritten auf der Bahn der Industrialisierung fortschreitet, und die Teilung der Gesellschaft in verschiedene Kasten abstirbt, während die religiösen Vorurteile zu bestehen aufhören, bemühen sich die Engländer gerade, die Anhänger der einen Religion gegen die Anhänger der anderen auszuspielen und zu verhetzen, wobei sie zu diesem Zwecke besondere Formen der Parlamentswahlen geschaffen haben.

„Die absterbende Bourgeoisie — schrieb Lenin über die imperialistische Bourgeoisie in seinem Artikel „Das fortschrittliche Asien und das rückständige Europa“ — vereinigt sich mit den abgestorbenen und absterbenden Kräften, um auf diese Weise die in ihren Grundlagen erschütterte Lohnklaverei aufrecht zu erhalten“. (Lenin, Band XIX, Seite 28.)

Gerade die absterbende Teilung der indischen Gesellschaft in religiöse Gruppen und Kasten wird von den Engländern durch die Schaffung einer privilegierten Stellung der Moslemiten aufrecht erhalten. Der englische Imperialismus weiß aus der in Irland gemachten Erfahrung, wie sich bei geschicktem Vorgehen die nationalen Minderheiten ausnützen lassen zur Stärkung und Verlängerung der Herrschaft. Eine solche nationale Minderheit sind in Indien die Moslemiten. Es ist längst bekannt, welch' große Rolle die Engländer bei der Entstehung der moslemitischen Liga gespielt haben — jener Liga, deren Hauptziel der Kampf gegen den indischen Nationalismus war. Das jetzige System der „besonderen“ Interessen der Moslemiten ist nichts weiter als die Fortsetzung der gleichen Politik des Grundsatzes „Teile und herrsche“. Dieses Bild des gegenseitigen Kampfes gewahren wir auch während der Wahlen zum indischen „Parlament“. Und die ultrarechte „Bombay-Chronik“ hat vollkommen recht, wenn sie in der Nummer vom 25. Oktober 1926 erklärt, daß

„es keinen einzigen patriotischen Hindu gäbe, der nicht innere Qualen empfinde angesichts des Bildes, das der Bruderkrieg bietet, jener Kampf, der unter der Maske einer Wahlkampagne geführt wird. Dieser Kampf demoralisiert und paralyisiert die Kräfte jener, die an der Befreiung Indiens arbeiten. Diese Lage ist die Kraft- und Freudenquelle der Bürokratie“.

Die Politik der Verhetzung geht aber noch viel weiter.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Vorgänge in Kalkutta die Folge einer Provokation seitens der englischen Regierung waren. Denn sofort nach dem Zusammenstoß begann die englische Regierung eifrig die Legende in die Welt zu setzen, daß die Fehde zwischen Hindus und Mosle-

miten — besonders die Vorgänge in Kalkutta — zeigten, daß das indische Volk nicht imstande sei, Indien nach dem Abzuge der Engländer zu regieren. Mehr noch: die englische Presse behauptete, die Vorgänge in Kalkutta seien gerade dadurch ausgelöst worden, daß die indischen Massen in Aufregung geraten seien durch die Perspektive einer neuen Verminderung der englischen Autorität in Indien und daß die Unruhen eine Folge dieser Erregung gewesen seien. Der brennende Wunsch der englischen Behörden, der ganzen Welt möglichst rasch zu verkünden, daß Indien einstweilen einer Selbstverwaltung noch nicht gewachsen sei, läßt denn auch ohne weiteres den Pferdefuß des englischen Imperialismus erkennen. Während der Vorgänge in Kalkutta bot die Stadt, deren kaufmännisches Leben sonst in fieberhaftem Tempo dahineilt, den Anblick einer Wüste. Alle Läden und Theater waren geschlossen. Von einer zufälligen Kutsche abgesehen, in der einer der Panikmacher durch die Stadt raste, war außer den Militär- und Polizeipatrouillen keine lebende Seele zu sehen. Der europäische Teil der Stadt dagegen zeigte sein übliches Leben, als ob überhaupt nichts vorgefallen wäre. Das Leben der Europäer bildete somit den krassesten Gegensatz zum Leben der Hindus und der Moslemiten. Das mußten sogar die „Times“ zugeben. Sie schrieben aus diesem Anlaß:

„Kalkutta war stets die Stadt der Kontraste, und diese Kontraste fielen niemals so sehr auf, wie während der Schlägereien zwischen Hindus und Moslemiten.“

Nachdem aber die provokatorische Rolle der englischen Regierung bei den Vorgängen in Kalkutta offenbar geworden ist, bemühte sie sich, die Schuld auf die vermeintlichen Agenten der Sowjetmacht abzuwälzen. Der Redakteur des größten Organs des englischen Imperialismus in Indien schrieb:

„Am 22. April fragte mich ein Autorität besitzender Mann allen Ernstes, ob etwas Wahres daran sei, daß die Aufständischen von den Bolschewisten bestochen seien, um die Regierung zu diskreditieren. Ich konnte dem Fragesteller nicht das Gegenteil beweisen. Und in der Tat, wenn Sowjetgelder in Kalkutta mit im Spiele waren, wer hat sie dann erhalten? Oder vielleicht waren die bolschewistischen Agenten in beiden Lagern. Die Führer der Moslemiten und der Hindus sagen, daß Stimmen und Organisationen da sind, die den Fanatismus der Massen schüren. Das entspricht der allgemeinen Meinung eines doppelten Betrugers Moskaus, das beide Parteien mit Geld versorgt.“ („Kapital“, vom 22. April 1926.)

Nun noch ein weiteres Beispiel, das zeigt, in welcher Weise der Zwiespalt zwischen Hindus und Moslemiten gefördert und wie die moslemitische Gemeinde von der englischen Regierung ausgebeutet wird. Während des moslemitischen Feiertages in Delhi, als Kuhopfer dargebracht werden mußten, hat der Bürgermeister der Stadt, ein Hindu, den Umzug der moslemitischen Prozession durch jene Straße verboten, in der Hindus wohnen, um auf diese Weise einen Zusammenstoß zu vermeiden. Da mischte sich nun der englische Beamte in die Dinge ein und erklärte den Moslemiten, daß sie einen beliebigen Weg einschlagen und durch eine beliebige Straße ziehen könnten. Der Engländer selbst setzte sich feierlich an die Spitze des Umzuges, um den moslemitischen Glauben mutig gegen Uebergriffe der Hindus zu „verteidigen“. Die Folgen, die der englische Beamte erreichen wollte, traten ein: die moslemitische Tageszeitung, die bis dahin den Kampf gegen die englische Regierung führte, schrieb in Fettdruck, „daß der Bürgermeister, ein Hindu, unsere Prozession verboten hat, während sie umgekehrt von

dem englischen Beamten, der sich sogar an die Spitze der Prozession setzte, genehmigt wurde“. Daraus geht klar hervor, in welcher Weise sich die Engländer ihrer Politik der Ausspielung und Verhetzung der Moslemiten gegen die Hindus und umgekehrt bedienen.

Die in der Reihenfolge, nicht aber ihrer Bedeutung nach letzte Ursache des Zwiespaltes zwischen Hindus und Moslemiten ist die falsche Politik des indischen Nationalismus in dieser Frage. Die Versuche der Nationalisten, die Gegensätze auszugleichen, zeitigen entgegengesetzte Resultate. Eine völlige Lösung des hindu-moslemitischen Problems kann nur durch die sozialistische Revolution erfolgen, denn die Wurzeln dieser Differenzen liegen, wie wir bereits gezeigt haben, in den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen, die in Indien herrschen. Das bedeutet, daß nur eine fortschrittliche Entwicklung Indiens, d. h. eine Emanzipierung von allen religiösen Vorurteilen und von allen Privilegien der einzelnen Kaste, beide Gemeinschaften gegen eine Wiederholung der hindu-moslemitischen Fehde zu sichern vermag. Um somit die Differenzen zu beseitigen, müssen jene Interessen zur Basis des nationalrevolutionären Kampfes werden, die den werktätigen Massen sowohl der Hindu- wie der Moslemiten-Gemeinschaft gemeinsam sind. Anstatt dessen aber sind die indischen Nationalisten dauernd bemüht, die religiösen Traditionen und Vorurteile zu beleben und zu stärken, um dann auf dieser Grundlage zu einem Abkommen zwischen den einzelnen Gruppen zu gelangen und das als Einheit zu bezeichnen. Der Appell der Hindu-Nationalisten „zurück zu den alten Zeiten“ und der der indischen Moslemiten „Zurück zum Kalifat“ bringt diese Tendenz der Verschärfung der religiösen Vorurteile zum Ausdruck. Eine solche Lage kann natürlich nicht umhin, die sektiererischen Stimmungen sowohl unter den Hindus als auch unter den Moslemiten zu steigern, Stimmungen, die unvermeidlich ihren Ausdruck in einer Zunahme des Antagonismus zwischen beiden Gruppen finden müssen. Es ist lächerlich, auf einer solchen Grundlage ein Einvernehmen herbeiführen zu wollen. Sogar die revolutionärste Organisation in Indien — die Swaraj-Partei — war außerstande, dieses Problem richtig zu lösen. Ihr Versuch, zu einem Einvernehmen durch eine Aufteilung der Posten zwischen Hindus und Moslemiten, in einem künftigen nationalen Indien zu gelangen, ist ein Versuch, die Gegensätze gerade auf der Grundlage der Gruppenunterschiede auszugleichen. Das ist keine Lösung des Problems, sondern verschärft den Antagonismus zwischen den beiden nationalreligiösen Gruppen Indiens.

Die Quelle der Fehler besteht in der falschen Auffassung des indischen Nationalismus, der behauptet, daß die Entwicklung Indiens nicht auf der Bahn der Ueberwindung alter Kasten- und religiöser Vorurteile liege, sondern umgekehrt auf der Bahn der Wiedergeburt dieser Vorurteile.

Im großen und ganzen läßt sich die Geschichte des indischen Nationalismus in drei Perioden einteilen. In der ersten Periode entlehnte der indische Nationalismus seine Ideologie aus dem Westen. Alles Indische wurde abgelehnt und alles Europäische sollte als erstrebenswertes, nachzuahmendes Beispiel gelten. Sie forderten als erste die alte Ordnung heraus und verkündeten die Geburt eines neuen Indiens und den Sturz der alten, heilig gehaltenen religiösen und sozialen Grundpfeiler (Roy, „Indien“). Die bürgerliche Kultur in Indien war damals erst im Entstehen, und darum ist es verständlich,

daß sie sich gegenüber dem Einfluß der starken europäischen bürgerlichen Kultur nicht durchzusetzen vermochte. In der zweiten Entwicklungsperiode des indischen Nationalismus trat dann die Reaktion gegen diese Kapitulation des indischen Nationalismus vor der europäischen Kultur ein. Um gegen die kapitalistische Kultur erfolgreich kämpfen zu können, bedarf es einer höheren Art der Kultur — der proletarischen. Ein Proletariat aber konnte man zu jener Zeit selbst mit Hilfe eines Mikroskopes in Indien nicht entdecken. Daher kam es, daß gleich den russischen Volkstümlern, die im Kampfe gegen den Zarismus ihre revolutionären Theorien auf den Unterbau der vorkapitalistischen Wirtschaftsformen (Dorfgemeinschaft — Obschschina) stützten, auch in Indien der indische Nationalismus jener Periode an die feudalen und mittelalterlichen Einrichtungen, an den Aberglauben und die Vorurteile appellierte. Aus den vermoderten Ueberresten religiöser und metaphysischer Anschauungen heraus sprachen sie einer Vernichtung der Dorfgemeinschaft das Wort: aus den toten Ueberlieferungen des Glanzes einer untergegangenen Zivilisation versuchten sie den goldenen Traum einer indischen Kultur erstehen zu lassen und wieder aufzurichten — einer gereinigten indischen Kultur, die ihnen als ideales wegweisendes Sternenlicht dienen sollte.

Die indischen Nationalisten führten den Kampf gegen alles, was es in der indischen Gesellschaft an fortschrittlichen Elementen gab. Sogar jede soziale und wissenschaftliche Entwicklung wurde von ihnen verurteilt als eine Erscheinung der Kultur der Eroberer.

Das natürlich führte und führt zu einer Stärkung der religiösen Vorurteile, die sich in dem Kampfe zwischen Hindus und Moslemiten widerspiegeln.

Die jetzige Periode in der Entwicklung der nationalrevolutionären Bewegung in Indien selbst birgt in sich die Möglichkeiten zu einer Lösung des hindu-moslemischen Problems. Die moderne indische Großbourgeoisie steht im Bündnis mit dem englischen Imperialismus. Die treibenden Kräfte der Revolution sind jetzt — das Proletariat, die Bauernschaft und das Kleinbürgertum (Handwerker, kleine Kaufleute und die kleinbürgerliche Intelligenz). Die wirtschaftliche Lage dieser Klassen verschlechtert sich, denn das Abkommen zwischen dem englischen und dem indischen Kapital beruht ja gerade auf der verstärkten Ausbeutung dieser Klassen. Deren Kampf gegen den Imperialismus wird deshalb zu einer geschichtlichen Notwendigkeit. Die führende Stelle in diesem Kampfe wird das Proletariat einnehmen. Das bedeutet, daß sich die Basis des nationalen Kampfes ausdehnt. Das wird zum Absterben der Gruppen- und religiösen Unterschiede führen, denn die gemeinsamen Fragen stehen über allen anderen. Daraus ersehen wir, daß die Lösung des hindu-moslemischen Problems eine Funktion ist, die dem sozialen Kampfe der Arbeiter und Bauern zufällt.

Aus vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß die einzige Rettung Indiens vor den hindu-moslemischen Zusammenstößen der von allen Ueberresten religiöser Ideale im Lande befreite Klassenkampf ist. Die Aufgabe der wahren Revolutionäre besteht darin, das Element des Bewußtseins bei diesem Kampfe in jeder Beziehung zu stärken, zu entwickeln, bzw. es zu erwecken. Die indischen Nationalisten jedoch sehen die Notwendigkeit einer solchen Arbeit nicht ein, ja, sogar noch mehr: sie warten ab und richten ihre Blicke auf die Regierung, in der Hoffnung, diese werde Maßnahmen

gegen die Ausbreitung dieser Fehde in Indien ergreifen. Ihrer Meinung nach ist die englische Regierung der einzige Hoffnungsstrahl in jener Finsternis, die heute über Indien lagert. In einem Leitartikel der „Indischen Rundschau“ über die hindu-moslemitische Frage heißt es denn auch direkt:

„Die Lage ist keine so düstere, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag. Es gibt Kräfte, die dem Gift des Kommunismus entgegenwirken und die gegenseitige Harmonie zwischen Hindus und Moslemiten fördern. Die Nennung dieser Kräfte erfüllt uns mit Freude, denn diese Kräfte sind unbesiegtbar. Es ist gut, daß man jetzt an sie denkt, wo der Kult des Separatismus sich im Aufsteigen befindet. Die erste Stelle unter den Leuten, die versuchen, den kommunalen Zerfall aufzuhalten und die kommunale Harmonie wiederherzustellen, gebührt — Lord Irvin.“

Es ist sonderbar, solche Dinge in einer der verbreitetsten Zeitschriften des nationalen Gedankens Indiens zu lesen. Ungleich den indischen Nationalisten, hat der englische Imperialismus vorausgesehen, welche Kräfte die indische Gesellschaft von dem Konflikt zwischen Hindus und Moslemiten zu befreien vermögen. Die Regierung und mit ihr auch die indischen Fabrikanten sind aus allen Kräften bemüht, die Entstehung und Erstarkung des Klassenkampfes in Indien zu verhindern. Zu diesem Zwecke werden alle alten Sitten, Traditionen und sozialen Systeme aufrecht erhalten. Obwohl die Engländer stets erklären, daß sie den alten indischen Religionen und Kasten neutral gegenüberstehen, sind sie dennoch mit allen möglichen Mitteln um ihre Erhaltung bemüht. Man weiß sehr wohl, wie „neutral“ sie sich dem System der Kasten in Indien gegenüber verhalten.

Die Engländer und die indischen Fabrikanten unterstützen die künstliche Aufrechterhaltung dieser Kasten. Die Fabrikarbeit aber und die kapitalistische Ausbeutung des flachen Landes reißen diese Leibeigenschaftsformen des öffentlichen Lebens nieder. Der Geist des Klassenkampfes beginnt in ganz Indien umzugehen. Die Fehde zwischen Hindus und Moslemiten ist zum Teil der indirekte Ausdruck dieses Klassenkampfes. Aus den Pressemeldungen geht hervor, daß bei den meisten Zusammenstößen in Bengalen die Moslemiten der angreifende Teil sind. Die indischen Nationalisten verstehen nicht, warum gerade die Moslemiten und nicht die Hindus die Angreifer sind. Das kommt daher, weil die Moslemiten in ihrer Mehrheit wirtschaftlich den Hindus untergeordnet sind: in Bengalen sind 90 Prozent aller Kapitalisten und Arbeitgeber — Hindus. Dieses Gramm an Tatsachen wiegt schwerer als ein ganzer Zentner von Vorurteilen. Es weist offen darauf hin, daß der Fehde zwischen Hindus und Moslemiten der Geist des unversöhnlichen Protestes seitens der Arbeiter und Bauern gegen die bestehenden Lebensbedingungen zu Grunde liegt. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Massen die schmutzigen zerfetzten Binden der Religion und der Kastenunterschiede von den Augen zu reißen, da sie der Entwicklung des Klassenkampfes in Indien hinderlich sind — der das einzige Mittel darstellt, um Indien zu befreien, und es vor jeglichem Rückfall in den Kampf zwischen Hindus und Moslemiten zu bewahren.

L. HELLER:
AMERIKA UND DIE PHILIPPINEN

Eine 60-Stundenreise von Kanton entfernt, in südöstlicher Richtung, liegt Manila, die Hauptstadt der Philippinen, der größten Kolonie der Vereinigten Staaten Nordamerikas im Stillen Ozean.

Die Philippinen sind ein ganzer Archipel, der aus Tausenden von Inseln besteht — darunter elf großen — mit einem Gesamtterritorium, das dem Großbritanniens gleichkommt, und mit einer elf Millionen zählenden Bevölkerung malaiischer Abstammung. Die Hauptmasse der Bevölkerung sind Bauern, Pächter und Landarbeiter. In den Händen der Bauernschaft befindet sich jedoch nur ein Drittel des kultivierten Bodens, während zwei Drittel sich in den Händen der Gutsherren befinden, die in der Regel ihre Güter nicht selbst bewirtschaften, sondern sie in kleinen Abschnitten in Pacht geben. Der Kampf zwischen den Gutsbesitzern und den schonungslos ausgebeuteten, von der landarmen Bauernschaft unterstützten Pächtern erfüllt die Geschichte der Philippinen. Bauernaufstände, von den zahlreichen bäuerlichen Geheimgesellschaften geleitet, haben viele Jahrzehnte lang fast nicht aufgehört.

Die Industrialisierung des Landes ging, wie wir es auch in anderen Ländern des Ostens sehen, seit dem imperialistischen Kriege 1914—1918 in gesteigertem Tempo vor sich. Die stärkste Entwicklung erfuhren die Zucker- und Tabakindustrie, die Oelerzeugung und die Seilfabrikation aus Manilahanf. Weniger entwickelt ist der Bergbau. Die metallurgische Industrie befindet sich noch im Anfangsstadium. Dementsprechend sind auch die Kaders des Proletariats nicht groß — gegen 150 000; ein erheblicher Teil desselben ist in Manila konzentriert. Eine Besonderheit der sozialen Struktur der philippinischen Bevölkerung ist die außerordentliche Schwäche der Handelsbourgeoisie und der nationalen (malaiischen) Kleinbourgeoisie. Diese Schwäche findet ihre Erklärung darin, daß der Handel seit langem schon fast gänzlich in den Händen der eingewanderten Chinesen liegt, die auch im städtischen Handwerk eine vorherrschende Rolle spielen. Dafür ist aber die eingeborene Intelligenz relativ zahlreich. Da sie weder in dem von den Chinesen beherrschten Handel noch in der Industrie, in die das amerikanische Kapital in steigendem Maße eindringt, ihre Kräfte genügend betätigen kann, unterliegt diese Intelligenz einem Proletarisierungs- und Radikalisierungsprozeß, der ihre Führerrolle in der nationalen Bewegung erklärlich macht.

Die tatsächlichen Träger der nationalrevolutionären Bewegung sind die armen Bauern und verelendeten Pächter auf dem Lande und die Arbeiter in den Städten. Die Wortführer und Herolde in der Presse, von der Parlamentstribüne herab, sowie gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit sind die bürgerlichen Elemente und die radikale Intelligenz. Und was am meisten befremdet: all diese sozial buntscheckigen, ja noch miteinander im Klassenhader liegenden Elemente treten in Einheitsfront mit der gleichen Hauptforderung auf — der vollkommenen, unbedingten Unabhängigkeit der Philip-

pinen, einer gänzlichen Loslösung von den Vereinigten Staaten. Wenn wir zum Vergleich eine andere Kolonie mit einer alten nationalen Bewegung heranziehen — Indien —, so zeigt sich, daß es auf den Philippinen weder solche Parteien gibt wie die indischen Gemäßigten, noch solche, wie die Swarajisten, die die radikale bürgerlich-demokratische Partei Indiens bilden, deren politisches Ideal für Indien die Stellung eines Dominions im Rahmen des britischen Imperiums ist. Diese auf den ersten Blick paradoxe Erscheinung ist selbstverständlich nicht durch den außergewöhnlichen Radikalismus der philippinischen Bourgeoisie zu erklären, sondern durch den ungeheuren revolutionären Druck der Bauernbewegung, die schon um die Zeit der spanischen Herrschaft ihren Anfang genommen hat. Diese Bewegung führte zur Abschüttelung des spanischen Joches, und ihr Radikalismus ist gewissermaßen zur Tradition, zur bindenden Norm für die gesamte philippinische Oeffentlichkeit geworden. Dies ist jedoch selbstverständlich nur „äußerer Schein“. In Wirklichkeit fürchten die Großgrundbesitzer die nationalrevolutionäre Bewegung. Sie haben es nicht vergessen, daß die nur von kurzer Lebensdauer gewesene philippinische Republik vor 30 Jahren die Enteignung und Aufteilung der ausgedehnten Ländereien der spanischen Mönchsorden durchgeführt hat. Sie nehmen mit Recht an, daß für ihre Latifundien eine größere Sicherheit „unter der amerikanischen Flagge“ besteht, als es in einer unabhängigen philippinischen Republik der Bauern der Fall sein würde. Nur die wenig zahlreiche philippinische Industriebourgeoisie, die die amerikanische Konkurrenz fürchtet, tritt entschieden für die Unabhängigkeit ein.

*

Lange Zeit hindurch wurde in der amerikanischen breiten Oeffentlichkeit in jeder Weise die Legende gepflegt, daß die Vereinigten Staaten gar nicht gewillt gewesen seien, die Philippinen als Kolonie zu erwerben. So etwas täten angeblich nur die anderen, „imperialistischen“ Regierungen, für die amerikanische Demokratie sei das keine passende Beschäftigung. Die Sache wurde so hingestellt, als wenn die Vereinigten Staaten den Krieg mit Spanien begonnen hätten, um „Kuba zu befreien“; daß es aber dank den unerforschlichen Schicksalswegen dahin gekommen sei, daß die Vereinigten Staaten nicht nur Kuba, nicht nur Porto Riko, sondern auch die tausende Kilometer von Kuba entfernten, weit auf dem Stillen Ozean liegenden Philippinen erwarben. Wie gemein und töricht diese „Legende“ auch ist, die guten und loyalen Bürger der großen Demokratie, die das alte England auch in politischer Heuchelei zu überholen beginnt, gaben sich den Anschein, als wenn sie an sie glaubten. Neuerdings ist jedoch ein Buch erschienen: „Die Eroberung der Philippinen durch die Vereinigten Staaten“*, das auch die regierenden Kreise der Vereinigten Staaten veranlassen dürfte, die von ihnen in die Welt gesetzte Legende aufzugeben.

Auf Grund unwiderleglicher offizieller Dokumente wird in diesem Buche Schritt für Schritt geschildert, wie die Eroberung der Philippinen durch die amerikanischen Waffen vorbereitet wurde und erfolgte. Die amerikanischen „Demokraten“ erwiesen sich bei der Probe als würdige Schüler der berühm-

* The Conquest of the Philippines by the United States by M. Strey and M. Sichanco, New-York, 1926.

ten spanischen „Konquistadoren“ (Eroberer), denen sie weder an Schlaueit und Grausamkeit noch an Gewalthaberei und Doppelzüngigkeit etwas nachgaben. Der Krieg mit Spanien um die „Befreiung Kubas“ war noch nicht beendet, als schon der Plan der zukünftigen Okkupierung der Philippinen vorgesehen war.

Die amerikanische Flotte war rechtzeitig nach Hongkong beordert worden, das zwei Tagereisen von Manila entfernt ist. Die Vereinigten Staaten förderten in jeglicher Weise die revolutionäre Bewegung auf den Philippinen und bewogen den General Aginaldo, der der Bewegung schon den Rücken gekehrt hatte, wieder nach den Philippinen zurückzukehren, um die Leitung der revolutionären Bewegung zu übernehmen. Als aber die Spanier vertrieben waren und auf den Philippinen die Republik mit einer revolutionären Regierung an der Spitze ausgerufen worden war, wurde eine amerikanische Armee gegen das Land, das sich soeben von der spanischen Herrschaft befreit hatte, geworfen. Es bedurfte eines Jahre währenden Krieges, bevor es den Amerikanern gelang, die philippinische Regierung zu stürzen und ihre Militärdiktatur aufzurichten. Mit welchen Methoden dieser Krieg geführt wurde, davon geben einige Befehle des amerikanischen Generals Bell, der die südlich von Manila gelegene Provinz Batangas besetzt hielt, einige Aufschlüsse: „Um mit der Bevölkerung fertig zu werden, muß der Kriegszustand für sie ganz unerträglich gemacht werden. Hierfür ist es am besten, sie in solcher Furcht und solcher Unruhe zu erhalten, daß ihnen das Leben unerträglich wird. Je weniger Worte, um so besser. Man muß durch Handeln das gesteckte Ziel erreichen“.

Oder der Bericht desselben Generals vom Dezember 1901:

„Ich sende Kolonnen in einer Gesamtstärke von 2500 Mann aus, um jeden Hügel, jedes kleine Tal nach Aufständischen und Lebensmittelvorräten zu durchsuchen. Ich werde alles vernichten, was sich außerhalb der Grenzen der Stadt befindet. Alle tauglichen Männer werden getötet oder gefangen genommen.“*

General Bell hat in der Folge selbst zugegeben, daß ein Sechstel der Bevölkerung der Insel Luzon (auf der sich Manila befindet) durch den Krieg zugrunde gegangen ist.

Der Raum erlaubt es nicht, sich hier mit den Methoden der Provokation und des Betruges zu beschäftigen, vermittelt derer die Amerikaner den General Aginaldo gefangen nahmen, den sie vorher selber auf einem amerikanischen Dampfer nach den Philippinen gebracht hatten, damit er sich an die Spitze der Bewegung gegen die Spanier im Namen der Freiheit der Philippinen stelle.

*

Die im Jahre 1913 in den Vereinigten Staaten zur Herrschaft gelangte Demokratische Partei, mit dem Präsidenten Wilson an der Spitze, schlug den Philippinen gegenüber einen neuen Kurs ein. Die Regierung hat mehr als einmal erklärt, daß sie ihre Herrschaft auf den Philippinen als etwas Provisorisches, Vorübergehendes ansehe; daß die Aufgabe der Vereinigten Staaten auf den Philippinen eine kulturell-politische sei, um die einheimische Bevölkerung auf ein solches Niveau zu heben, daß sie sich selbst regieren und vollständige Unabhängigkeit erlangen könne. Dieser neue Kurs fand

* Siehe erwähntes Buch S. 120.

seinen feierlichsten Ausdruck in dem sogenannten „Jones-Gesetz“ (Jones Law), das die Selbstverwaltung der Philippinen erweiterte und im Jahre 1916 zur Annahme gelangte. In der Einleitung zu diesem Gesetze heißt es:

„Es war das ständige Bestreben des Volkes der Vereinigten Staaten, die Souveränität über die Philippinen aufzugeben und deren Unabhängigkeit anzuerkennen, sobald dort eine stabile Regierung (Stable Government) gebildet würde.“

Dies geschah während des Krieges, in dem Augenblick, als sich die Vereinigten Staaten anschickten, in den Krieg einzutreten. Die Vereinigten Staaten mußten ihrer größten Kolonie gewissermaßen Ruhe bringen und dort eine loyale patriotische Stimmung schaffen. Abgesehen von diesem durch den Krieg bedingten Umstand war das allgemeine Verhältnis der demokratischen Vertreter der Südstaaten zu den Philippinen ein anderes als das der Republikaner, die die Interessen der Schwerindustrie des Nordens repräsentieren. Die Südstaaten mit ihrer entwickelten Zucker- und Tabakindustrie sind keineswegs an der Entwicklung dieser Produktionszweige auf den Philippinen interessiert, die ihre Konkurrenten auf dem amerikanischen Markt werden könnten. Die „Philippinisierung“ der Herrschaft war für sie deshalb im gewissen Grade vorteilhaft, da eine Erweiterung der Selbstverwaltung auf den Philippinen dem Eindringen des amerikanischen Kapitals und damit zugleich einer allzu schnellen Entwicklung der konkurrierenden Landwirtschaftszweige in der Kolonie eine Schranke gesetzt hätte.

Der neue Generalgouverneur auf den Philippinen — Harrison —, ein persönlicher Freund Wilsons, führte in der Praxis den neuen Kurs nicht nur im Sinne einer „Philippinisierung“ der gesamten Verwaltung durch, sondern auch im Sinne einer Stärkung der wirtschaftlichen Macht der einheimischen Bourgeoisie. Es wurde die Nationale Philippinische Bank gegründet, die den Bau von Eisenbahnlinien und eine ganze Reihe von neuen „nationalen“ Unternehmen, wie Zuckerfabriken, Zementfabriken und andere finanzierte.

Wie ein Schwanengesang des Wilsonismus in der Philippinischen Frage klang die Rede Wilsons vor dem Kongreß (7. Dezember 1920):

„Erlauben Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache hinzulenken, daß es den Philippinen seit dem letzten die Inseln betreffenden Kongreßbeschuß gelungen ist, eine stabile Regierung zu schaffen, so daß sie die vom Kongreß für die Einräumung der Autonomie gestellte Bedingung erfüllt haben. Nunmehr ist es unser Recht und unsere Pflicht, unser Versprechen dem Volke der Philippinen gegenüber zu halten, indem wir ihm die Autonomie zugestehen, die es in so würdiger Weise anstrebt.“
(Siehe erwähntes Buch S. 235.)

*

Es ist allgemein bekannt, wie sehr sich die Lage der Vereinigten Staaten nach dem Kriege verändert hat. Die Vereinigten Staaten sind aus dem Kriege nicht als die gleichen hervorgegangen, die sie vor dem Kriege waren. Vor dem Kriege Europas Schuldner, sind sie nunmehr zum Weltbankier geworden. Während vor dem Kriege der Export eine relativ unbedeutende Rolle in der Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten spielte, erweist sich jetzt der Innenmarkt angesichts der unerhörten Erweiterung der Produktivkräfte trotz seiner großen Kapazität als nicht ausreichend, um die Produktion aufzunehmen, so daß die Frage der Außenmärkte erstrangige Bedeutung gewonnen hat und insbesondere die Märkte und die Rohstoffe des Stillen Ozeans im Außenhandel der Vereinigten Staaten immer größeren Raum einzunehmen begannen. Auch die Frage der Investierung des überschüssigen Kapitals gewann ungeheure Bedeutung. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß

vor dem Kriege die gesamte Investierung der Vereinigten Staaten $2\frac{1}{2}$ Milliarden Dollars betrug, während nach dem Kriege die jährlichen Neuinvestierungen $1\frac{1}{4}$ Milliarden Dollar betragen. Die Sprache dieser Tatsachen und der aus ihnen resultierenden Interessen des amerikanischen Imperialismus war beredter und gebieterischer als die süßen Redensarten und die liberalen Versprechungen des Wilsonismus. Das amerikanische Kapital begann zuerst durch seine Presse, dann aber durch Kundgebungen der Präsidenten Harding und Coolidge und endlich durch seine maßgebenden Industrie- und Handelskorporationen, sich in entschiedener Weise gegen die Unabhängigkeit der Philippinen nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft zu wenden. An Begründungen fehlte es natürlich nicht: so mußten auch die Interessen der armen Philippiner erhalten, die noch keine genügende Erfahrung in der Selbstverwaltung hätten und zugrunde gehen müßten, wenn die Vereinigten Staaten nicht die Aufgabe ihres Vormüunders übernähmen.

„Die philippinischen Inseln,“ so sagt in seinem kürzlich erschienenen Buche ‚Das politische Erwachen des Ostens‘* einer der ‚Ideologen‘ des amerikanischen Imperialismus, „bieten dank ihren natürlichen Reichtümern und ihrer strategischen Lage so außerordentlich reiche Möglichkeiten, daß sie naturgemäß die Begehrlichkeit verschiedener Staaten auf sich lenken werden“.

Hieraus der Schluß: um nicht fremde Appetite anzuregen (wenn die Philippinen unabhängig würden), ist es besser, daß sie bei den Vereinigten Staaten verbleiben. Das stimmt schon eher.

Von Interesse ist es endlich auch, auf eine systematische Kundgebung maßgebender Vertreter der Industrie der Vereinigten Staaten in einer der Sitzungen des Republikanischen Klubs im Februar des verflommenen Jahres hinzuweisen:

„Die Tropen werden in Zukunft die Hauptquelle bilden für die Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Und doch finden sich Leute, die verlangen, die Vereinigten Staaten sollten ihren wichtigsten Kolonialbesitz, die Philippinen, aufgeben,“ erklärte unwillig in seiner Programmrede der Präsident der „Pazifik-Handelsgesellschaft“. „Die Philippinen können bei richtiger Entwicklung,“ so fuhr der Redner fort, „genügende Mengen von Kaffee, Kautschuk und andere wertvolle Erzeugnisse hergeben, um die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten vollauf zu decken und sie damit vor der schikanösen Zollpolitik fremder Staaten zu bewahren, die ebenfalls Kolonien in den Tropen besitzen.“**

Insbesondere haben die Perspektiven einer Anlage von Kautschukplantagen im großen Maßstabe alle Sympathien für Freiheit und Unabhängigkeit aus den Herzen der Gentlemen von Wall Street (des Bankenviertels in New York), der wahren Herren der großen amerikanischen Demokratie, endgültig verdrängt.

*

Es dürfte bekannt sein, in welchem Tempo der Weltkonsum an Kautschuk sich steigert: im Jahre 1910 betrug er 100 000 Tonnen, im Jahre 1920 334 000, im Jahre 1925 500 000. Ganz eigenartig haben sich Produktion und Verbrauch des Kautschuks gestaltet. In der Produktion spielt England eine überragende Rolle; auf seinen Anteil kommen 70 Prozent der Weltproduktion. Die Vereinigten Staaten produzieren insgesamt 2 Prozent. Demgegenüber nehmen die Vereinigten Staaten im Verbrauch den ersten Platz ein. Auf ihren Teil entfallen jetzt 77 Prozent des Weltverbrauches, was mit ihrer

* „The political Awakening of the East“ by S. M. Dutcher.

** New York, „Times“, 28. Februar 1927.

kolossalen Automobilindustrie im Zusammenhang steht. England konsumiert im ganzen 7 Prozent.

Mit Hilfe des im Jahre 1924 in Kraft getretenen „Stevenson-Planes“ (Stevenson Rubbes Restriction Scheme), der auf eine Konzentrierung der Produktion und der Hergabe des Kautschuks für den Markt hinausläuft, hielt das englische Kautschukkapital die Preise auf einem überaus gewinnbringenden Niveau — zum großen Mißvergnügen der amerikanischen Verbraucher. Es wurde festgestellt, daß England vermittelt seines Kautschukmonopols mit Wucherzinsen jene Zahlungen wieder hereinbringt, die es an Amerika zur Tilgung seiner Kriegsschulden abführen muß. Im amerikanischen Kongreß wurde auf Initiative des Handelsministers Hoover eine Kampagne gegen die fremden Monopole eingeleitet. Es wurde ein ganzes System von Kampfmaßnahmen vorgeschlagen, von denen eine der wichtigsten — die Förderung der Kautschukproduktion in neuen Ländern unter der Aegide des amerikanischen Kapitals war.

Unter den Ländern, die das amerikanische Kapital für diese Zwecke wählte, nahmen die Philippinen einen der ersten Plätze ein. Diverse Sachverständigenkommissionen gingen dorthin, auch die „Kautschukmagnaten“ in eigener Person (Harney, Firestone u. a.). Sie alle kommen zu dem Schlusse, daß auf den Philippinen, besonders auf den südlichen Inseln des Archipels, gewaltige Flächen sich vorzüglich zur Anlage von Kautschukplantagen eignen. Welche grandiosen Pläne das amerikanische Kapital mit dem philippinischen Kautschuk verbindet, geht daraus hervor, daß das zur Investierung in der Kautschukproduktion veranschlagte Kapital nach vorläufiger Schätzung eine halbe Milliarde Dollar beträgt, während das gesamte in den Philippinen investierte amerikanische Kapital gegenwärtig 300 Millionen Dollar nicht übersteigt.

Kann da noch die Rede sein von einer Unabhängigkeit, wenn Wall Street eine so große Sache auf den Philippinen im Auge hat? Diesen Unsinn muß man den Philippinern natürlich aus dem Kopf schlagen. Diese Arbeit besorgt seit 1921 General Wood, der den gemütvollen Harrison im Amte des Generalgouverneurs der Philippinen ablöste. General Wood hat sich mit Militärs umgeben, und das ganze Regime nähert sich dem Regime der Militärdiktatur, das von Taft, dem ersten Generalgouverneur (dem späteren Präsidenten) eingeführt wurde. Die Beziehungen zwischen Wood und der philippinischen Oeffentlichkeit, dem philippinischen Parlament spitzen sich immer mehr zu, die Konflikte häufen sich. Im Sommer vorigen Jahres entsandte Präsident Coolidge nach den Philippinen seinen persönlichen Freund, den Oberst Thompson, einen Großkapitalisten, mit einem besonderen Vertrauensauftrage. Der Sinn dieser Entsendung einer „unabhängigen“, besonderen Vertrauensperson war der, den Philippinern zu zeigen, daß der Präsident dem „Apparat“, im vorliegenden Falle dem Generalgouverneur, nicht blind vertraue, daß er eine vollkommen parteilose objektive Untersuchung durch einen unabhängigen, abseits stehenden, kompetenten Beobachter haben wolle.

Vor kurzem ist nun der von Thompson nach seiner drei Monate dauernden Reise durch die Philippinen dem Präsidenten erstattete vollständige Bericht* erschienen.

* Current History, Februar 1927.

In diesem Berichte macht Thompson Wood gelinde Vorwürfe, daß er sich fast ausschließlich mit Militärs umgeben habe. Thompson ist der Meinung, daß das Verhältnis zu der Bevölkerung und zum Parlament ein besseres gewesen wäre, wenn verschiedene Verwaltungsressorts von Zivilpersonen geleitet worden wären.

Thompson spricht sich auch gegen den Gesetzentwurf Bakons aus, der die Abtrennung zweier südlicher Inseln (wo in Zukunft die Anlage von Kautschukplantagen geplant ist) von den andern vorschlägt. Thompson steht offenbar auf dem Standpunkt, daß dieser allzu offene Plan im Interesse des amerikanischen Kautschukkapitals zu unbequemen Komplikationen führen könnte. In der entscheidenden Frage der Unabhängigkeit steht jedoch auch Thompson auf der Wacht für die Interessen des amerikanischen Imperialismus.

„Eine volle Unabhängigkeit,“ so sagt er in seinem Bericht, „ist unmöglich, sowohl jetzt wie für lange Jahre hinaus.“ Weshalb? Der Motive gibt es viele; das Hauptmotiv, das mit genügender Offenheit und Dreistigkeit präsentiert wird, ist folgendes:

„Wir (d. s. die amerikanischen Kapitalisten. L. H.) brauchen die Philippinen als Handelsbasis, wie überhaupt die Beibehaltung der Philippinen für unsere allgemeine Stellung im Osten überaus nützlich ist.“

Der „Politik“ folgt die sie erläuternde „Oekonomik“:

„Außer den wichtigsten Erzeugnissen, die gegenwärtig geliefert werden, wie Reis, Tabak, Zucker, Hanf, können die Philippinen in relativ nicht zu ferner Zeit die Vereinigten Staaten mit einem beträchtlichen Teile des von ihnen gebrauchten Kautschuks, Kaffee, Kampfers, mit wertvollen Nutzhölzern und mit vielen anderen tropischen Erzeugnissen versorgen.“

*

Wie wir sehen, hat der amerikanische Imperialismus auf den Philippinen festen Fuß gefaßt und ist nicht gewillt, seine Positionen herzugeben. Im Gegenteil, er ist bemüht, die eingeräumten Rechte zurückzunehmen, das gegebene Versprechen zu annullieren und möglichst ohne Hemmungen im Lande zu wirtschaften. Schon jetzt verdrängen die Vereinigten Staaten mit ihrer ganzen Zollpolitik die ausländischen Konkurrenten. Auf den Anteil der Vereinigten Staaten entfallen schon jetzt zwei Drittel der philippinischen Einfuhr (erheblich mehr, als beispielsweise auf den Anteil Englands in der indischen Einfuhr entfällt). Obwohl sie für China die „offene Tür“ fordern, umgeben sie die Philippinen mit einer überaus hohen Zollschanke, und reservieren so die „offene Tür“ nur für sich selbst. Mit anderen Worten, das von den Vereinigten Staaten in den Philippinen eingeführte Zollregime ist das ureigenste Kolonialregime und viel eigennütziger als das Regime Englands in Indien oder China.

Die amerikanische Herrschaft maskiert sehr gewandt ihre eigentliche koloniale Einstellung durch den äußeren Lack der „Kulturziele“, durch die Sorge um die Aufklärung der Massen, um die Gesundung der Städte usw. Dies kann das Regime für eine unbedeutende Bevölkerungsgruppe genießbar machen, ohne das Wesen des Regimes zu verändern. Die wirtschaftliche Lage der Bauernschaft, der Pächter, der Arbeiter und eines bedeutenden Teiles der proletarisierten Intelligenz bleibt jedoch eine äußerst schwierige. Wenn der Nominallohn auf den Philippinen höher ist als in China, so machen die allgemeine Teuerung und die Arbeitslosigkeit die Lage der Werk-

tätigen zu einer überaus schwierigen und ungesicherten. Davon zeugt auch die ständige Auswanderung.

Wie schon erwähnt, besitzen wir auf den Philippinen eine ausgedehnte und anscheinend überaus radikale nationale Bewegung. Dieser Radikalismus hat jedoch mehr äußerlichen, parlamentarischen Charakter. Die Hauptursache dieser Erscheinung ist die geringe Zahl und schwache Organisiertheit der Arbeiter. Gewiß, man zählt auf den Philippinen 150 Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von 80 000. Es bestehen sogar zwei nationale Gewerkschaftszentralen, die einen erheblichen Teil der organisierten Arbeiter vereinigen. Diese Bewegung trägt jedoch mehr formalen Spitzencharakter und ist in der Arbeiterklasse nicht verwurzelt; sie steht zudem unter dem Einfluß bürgerlicher und kleinbürgerlicher Elemente, die nicht selten dem Einfluß der amerikanischen „Kultur“, d. h. des amerikanischen Kapitals unterworfen sind. Endlich ist diese Bewegung auch von der revolutionären Bewegung der Welt vollkommen isoliert.

Es existiert auch eine Assoziation der Farmer und Landarbeiter, die gegen 80 000 Mitglieder zählt. Diese Assoziation führt einen hartnäckigen und nicht selten erfolgreichen Kampf gegen die Gutsbesitzer; doch ist sie bisher in Ermangelung einer Führung durch das städtische Proletariat noch kein ernsthafter Faktor geworden. Es darf nicht vergessen werden, daß für den Kampf gegen das amerikanische Kapital unvergleichlich viel mehr und besser organisierte Kräfte erforderlich sind, als seinerzeit für den Kampf gegen das spanische klerikale Regime. Seit 1922 besteht auch eine Arbeiterpartei, von deren Existenz bisher noch wenig zu spüren war. Was aber die Hauptsache ist — es gibt keine Philippinische Kommunistische Partei, die die Kräfte der fortgeschrittenen Schichten der Arbeiter, Knechte und Bauern sammeln und organisieren könnte. Dies ist auch der Grund, weshalb es dem amerikanischen Kapital bisher relativ leicht geworden ist, mit der nationalen Bewegung fertig zu werden.

Die gewaltigen Ereignisse, die sich im benachbarten China abspielen, die revolutionäre Bewegung in dem relativ nahen Indonesien können nicht ohne Einfluß auf die Bewegung der Philippinen bleiben. Die Schaffung einer Kommunistischen Partei und die Einbeziehung der Arbeiter- und Bauernbewegung der Philippinen in die Weltbewegung, insbesondere aber die Herstellung enger Beziehungen zwischen der nationalen Bewegung der Philippinen und der nationalrevolutionären Bewegung Chinas — das alles sind laufende Aufgaben, die die revolutionäre Bewegung im Fernen Osten aufs tiefste berühren.

M. GALKOWITSCH:

DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS IN CHINA

Aehnlich anderen Mächten haben auch die Vereinigten Staaten fast ein ganzes Jahrhundert hindurch China und seine Reichtümer geplündert. Als England nach seinem ersten Kriege gegen China dieses im Jahre 1842 zur Unterzeichnung eines Diktatsvertrages zwang, waren die Vereinigten Staaten die ersten unter den übrigen Mächten, die mit China einen Vertrag nach dem Muster des englischen unterschrieben. Das wiederholte sich im Jahre 1858.* Schließlich nahmen die „demokratischen“ Staaten, am Ende des 19. Jahrhunderts, als auf chinesischem Boden der erbitterte Kampf unter den Mächten um Konzessionen tobte, an diesem Kampf den denkbar größten Anteil. Dieser Kampf endete faktisch mit der Aufteilung Chinas in Interessensphären. Die Vereinigten Staaten erhielten dabei keine „eigene“ Sphäre, ihre Interessen wurden bei dieser Aufteilung „verletzt“. Dabei aber waren die Vereinigten Staaten bereits in jenes Entwicklungsstadium eingetreten, in dem sie die Expansion auf Kosten Zentralamerikas, die während dieses Jahrhunderts vor sich gegangen war, bereits nicht mehr befriedigte. Die Finanz- und Industrielleute trugen sich mit den Hoffnungen auf gute Geschäfte in den Ländern des Fernen Ostens. Der amerikanisch-chinesische Handel war allerdings zu Ende des 19. Jahrhunderts unbedeutend, war aber im Verlaufe des ganzen Jahrhunderts in stetigem Wachstum begriffen. Gleichzeitig bildeten sich mit dem zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Gewicht der Vereinigten Staaten die grundlegenden Wesenszüge der amerikanischen Politik in China heraus. Es handelte sich dabei um ein Liebäugeln mit China, das Hand in Hand ging mit dem Streben nach völliger Befriedigung der eigenen Interessen, der Besitzergreifung von den Rohstoffvorkommen und den Kolonialmärkten Chinas, wobei das Liebäugeln natürlich nur ein Mittel zum Zweck war.

An die praktische Verwirklichung ihrer Aufgaben in China traten die Amerikaner zu Anfang des 20. Jahrhunderts heran. Die amerikanische Diplomatie liefert eine Reihe von Beweisen ihres hartnäckigen Bestrebens zur Beschneidung der Interessen anderer Mächte. So z. B. protestierten die Vereinigten Staaten gegen die 1900 erfolgte Okkupation der Mandschurei durch Rußland, übten auf die Mächte einen entsprechenden Druck aus zur Herabsetzung der von China 1901 geforderten Kontribution, verzichteten auf einen Teil der ihnen zukommenden Kontribution und stellten sich während des Krieges 1904/05 auf die Seite Japans gegen Rußland. Aber schon vom Jahre 1906 ab treten die Vereinigten Staaten gegen Japan auf — mit einem Worte: die amerikanische Diplomatie strebte mit allen nur erdenklichen Mitteln eine Schwämerung des Einflusses anderer Mächte in China an. Das geschah natürlich nicht zu dem Zwecke der Wahrung der Souveränität Chinas, sondern entsprang dem Be-

* Nach dem zweiten englisch-chinesischen Krieg.

streben zur Steigerung des eigenen Gewichtes. Das Vorgehen der amerikanischen Diplomatie zeitigte lange Zeit hindurch keine Erfolge, da es nach dem russisch-japanischen Kriege zu einer gewissen russisch-japanischen und anglo-russischen Annäherung kam. Die Länder der Entente, die auf den Krieg mit Deutschland hinarbeiteten, schonten sich gegenseitig in den nahöstlichen und fernöstlichen Angelegenheiten. Was Wunder deshalb, daß der amerikanische Vorschlag auf „Neutralisierung der Eisenbahnen“,* der zusammen mit der Proklamierung der Politik der „offenen Tür“ den Vereinigten Staaten helfen sollte, ihren Einfluß in China zu festigen, in der Luft hängen blieb. Rußland und Japan begruben dieses Projekt unter wohlwollend stillschweigender Förderung seitens Englands und Frankreichs. Dieses Vorgehen fiel zeitlich zusammen mit einer verstärkten japanfeindlichen Agitation in den Vereinigten Staaten, die die Abhängigkeit der japanischen Emigration in Amerika von der Politik der Vereinigten Staaten im Fernen Osten offenbarte.

Der nächste Schritt der Vereinigten Staaten, der der Durchführung ihres Programms diene, war die Organisierung eines Bankkonsortiums. Dem Konsortium traten England, Frankreich, Deutschland, die Vereinigten Staaten und Belgien bei. In Bälde erfolgte auch die Bereitschaftserklärung von seiten Japans und Rußlands zum Beitritt. Die seitens dieser beiden Staaten gemachten Vorbehalte über ihre Vorrechte in der Mandschurei und in der Mongolei schränkten die Tätigkeitssphäre des Konsortiums ein. Die offene Sabotage seitens der Franzosen und der Engländer dagegen, die kein Interesse daran hatten, für die Vereinigten Staaten die Kastanien aus dem Feuer zu holen, verwandelten das Konsortium in eine Kanzlei ohne jedweden Einfluß. Die Organisatoren des Konsortiums — die Vereinigten Staaten — traten dann auch 1918 als erste aus ihm aus.

Der Gedanke des Konsortiums erfuhr 1919 eine Wiederbelebung. Zur Zeit der Versailler Konferenz tagten in Paris die Bankiergruppen verschiedener Länder, um zu einem Einvernehmen über ein Zusammenarbeiten in China zu gelangen. Die führende Rolle spielten dabei die Bankiers der Vereinigten Staaten. Das Konsortium kam 1920 zustande. Nach langen Verhandlungen schloß sich ihm auch Japan an. Das neue Konsortium verkörperte in der Hauptsache die Interessen seiner Initiatoren.

Ihm schlossen sich 36 Banken der Vereinigten Staaten mit Morgan an der Spitze an. Mehr als sechs Jahre sind seit der Gründung des Konsortiums vergangen; eine große Tätigkeit hat es nicht entfaltet. Wie ehemals wird die Arbeit des Konsortiums auch jetzt von einzelnen Mächten sabotiert. Es ist wahr, die Vereinigten Staaten sind das reichste Land der Welt, aber ihre Interessen in China sind im gegenwärtigen Augenblick nicht so bedeutend, wie beispielsweise die Interessen Japans und Englands. Keine der beiden genannten Mächte ist willens, ihre privilegierte Stellung aufzugeben. Die Interessen der Vereinigten Staaten sind hauptsächlich in die Zukunft gerichtet. Für diese Zukunft führen sie einen hartnäckigen Kampf.

Tatsächlich sind sie an China gegenwärtig bedeutend weniger interessiert

* 1908 durch den Außenminister Knox.

als Japan und England. Am deutlichsten geht das aus nachfolgenden Tatsachen hervor. Die älteste amerikanische Gesellschaft in China ist die „China-Development Company“. Vor dem Kriege entfaltete sie eine große Tätigkeit. Sie beteiligte sich am Bau verschiedener Eisenbahnlinien, Brücken und unterschrieb während des Krieges den Vertrag bezüglich der Restaurierung des Großen Kanals. Im Verlauf des Krieges nahmen die amerikanischen Gesellschaften, z. B. Cook and Son C., Simmens und andere, regen Anteil am Bau von Chausseen und Eisenbahnlinien. Eine der größten amerikanischen Firmen, die Bethlehem Steel Company, hat schon die Vorbesprechungen über den Bau eines Flottenstützpunktes in Futschou abgeschlossen.* Wir sind nicht in der Lage, das Kapital dieser Gesellschaften festzustellen. Aber außer der Ch.D.C. waren es einzelne große amerikanische Unternehmungen, die sich auf den Kredit amerikanischer Banken stützen konnten. Die Restaurierung des großen Kanals sollte sich zu einem grandiosen Unternehmen gestalten. Man beabsichtigte die Auflegung einer ersten Anleihe in Höhe von 15 bis 20 Millionen Dollar, die Kosten der gesamten Arbeit jedoch sollten sich auf nicht weniger als 200 Millionen Dollar belaufen. Die Renovationsarbeiten sind nicht in Angriff genommen worden, woraus ersichtlich wird, wie sich die amerikanischen Finanzkreise unter den gegenwärtigen Bedingungen zu diesem Projekt verhalten.

Von den amerikanischen Gesellschaften, die in bezug auf ihre Tätigkeit in China unsere Aufmerksamkeit verdienen, sind die beiden folgenden zu vermerken: Standard Oil Co. und die amerikanisch-englische Tabakgesellschaft. Obschon außer der Standard Oil Co. in China noch einige Naphtha-Gesellschaften arbeiten, überwiegt ungeachtet dessen der Einfluß der Standard Oil Co. Bis zum Jahre 1914 beschränkte sich ihre Tätigkeit ausschließlich auf die Einfuhr von Petroleum und Naphtha. Nebenbei warf die Gesellschaft, in der Absicht, ihren Absatz zu steigern, große Summen aus für die kostenlose Verteilung von Petroleumlampen an die Bevölkerung. Im Jahre 1914 erhielt die Gesellschaft die Konzession zur Naphthaausbeutung in der Provinz Schensi, in die sie zwei Millionen Dollar investierte. Die Naphthaausbeute belief sich im Jahre 1918 auf 330 000 t und verringerte sich in den letzten Jahren infolge des Bürgerkrieges um ein beträchtliches. Die Stellung der Standard Oil Co. kann man als eine monopolistische bezeichnen. Diese Monopolstellung erfuhr jedoch eine starke Erschütterung infolge der Gründung eines Naphthamonopols zu Beginn des Jahres 1925 durch die Kantonregierung und ebenso durch das Eindringen von sowjetrussischem Naphtha in Kanton. Im nördlichen und in Mittel-China nimmt die Standard Oil auch jetzt noch eine dominierende Stellung ein. Ihre Niederlassungen sind selbst in den entferntesten Winkeln Chinas zu finden. Ungefähr dieselbe Monopolstellung hat auch die amerikanisch-englische Tabakgesellschaft inne. Letztere besteht seit dem Jahre 1902, zu welcher Zeit die amerikanische Tabakfirma Mustard sich mit der konkurrierenden englischen Firma fusionierte. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 5 Millionen Pfund. Sie besitzt drei eigene Tabakfabriken mit etwa fünfzehn- bis zwanzigtausend Arbeitern. Die Dividenden der Gesellschaft sind außerordentlich hoch, so wird allein für das Jahr 1926 die Summe von sechs Millionen Dollar genannt. Das

* Diese letztere Konzession wurde unter dem Drucke Japans (einer der 21 Punkte der Forderung) von der chinesischen Regierung liquidiert.

amerikanische Kapital ist an der Aluminiumindustrie beteiligt, es besitzt drei große und zwei kleine Fabriken. Eine nur unbedeutende Rolle spielen die Amerikaner in der Goldgewinnung (zwei Unternehmungen), der chemischen (eine Fabrik), und der Textilindustrie (einige kleinere Fabriken, hauptsächlich für die Bearbeitung von Seide.)* Somit steht es außer Zweifel, daß die amerikanischen Investitionen in der chinesischen Industrie nur unbedeutend sind. Sie sind um vieles geringer als die englischen und japanischen. Die Investitionen der letztgenannten werden (jede für sich) von einem der besten Kenner Chinas, dem amerikanischen Handelsattaché Arnold, auf drei bis vier Milliarden Yen geschätzt. Ein Umstand jedoch deutet auf eine verstärkte amerikanische Expansion hin. So arbeiten die meisten amerikanischen Unternehmungen erst verhältnismäßig kurze Zeit — und zwar erst seit Ende des Krieges. In dieser Beziehung ist die Entwicklung des Banknetzes der Vereinigten Staaten in China charakteristisch. Ende des Jahres 1925 zählte man in China 141 Banken, darunter 43 ausländische. Die Hauptrolle unter diesen letzteren spielt heute noch die Hongkong-Schanghai-Bank mit ihrem ungeheuren Kapital, da hinter ihr die Englische Bank in London steht. An zweiter Stelle stehen die zehn japanischen Banken mit einem Kapital von 350 Millionen Yen und einem ständig wachsenden Kundenkreis. Amerikanische Banken gibt es nur drei: Die „American Oriental Bank“, die in der Hauptsache auf chinesischem Territorium arbeitet, und zwar mit einem Kapital von 1 Million Dollar, die „International Banking Corporation“ mit einem Kapital von zehn Millionen Dollar und die „Equitable Easton Banking Corporation“ mit einem Kapital von zwei Millionen Dollar. Eine bedeutende Rolle spielt auch die „Amerikanisch-Chinesische Bank“ mit einem Kapital von zehn Millionen Dollar. Alle diese Banken setzten mit ihrer Tätigkeit erst nach dem Kriege ein. Im Verlauf der letzten Jahre etablierten sich in China auch Dutzende von bedeutenden Engros-Firmen, zum An- und Verkauf von Rohstoffen und Fertigfabrikaten. Darunter vermerken wir die Firmen Fireton Tobacco Co., Gebr. Frasar, „Anderson Meyer“ und eine Reihe anderer bekannter amerikanischer Firmen. In Schanghai allein waren Ende 1926 mehr als 600 Handelfirmen registriert. Im Gegensatz zu den unbedeutenden Investitionen zeigt der amerikanisch-chinesische Handel ein kontinuierliches Wachstum. Noch in den Jahren 1910 bis 1914 belief sich der amerikanische Export nach China im Durchschnitt auf 21 578 000 Dollar. Im Jahre 1924 aber schon auf 109 189 000 Dollar, für das Jahr 1926 wird er auf 126 Millionen Dollar veranschlagt. Der Import ist in noch stärkerem Maße gestiegen. So betrug er für die Jahre 1910/14 im Durchschnitt 35 323 000 Dollar, und für das Jahr 1925 168 939 000 Dollar. Der amerikanische Export nach China ist schon gegenwärtig von großer Bedeutung. So haben die Vereinigten Staaten in der letzten Zeit in der Einfuhr von Maschinen und Maschinenteilen die zweite Stelle eingenommen. Die amerikanischen Holz- und Blecherzeugnisse finden in China einen guten Absatz. Der amerikanische Export von Schienen und anderem Eisenbahnmateriale hat sich stark gehoben. Ebenso ist China auch ein gutes Absatzgebiet für die amerikanische Lederindustrie. Mit anderen Worten, die Rolle Chinas als Absatzmarkt für verschiedene amerikani-

* Laut der „China Weekly Review“ vom 18. Dezember 1926.

sche Produkte, von Naphtha und Kautschuk abgesehen, ist in beständigem Wachsen begriffen.

(Im Jahre 1926 entfallen 11 Prozent des amerikanischen Exports auf Asien, von diesen ein Drittel, d. h. ungefähr 3½ Prozent auf China — ein unbedeutender Teil, der jedoch alle Voraussetzungen einer weiteren Entwicklung in sich birgt.)

Gleichzeitig mit den Erfolgen auf dem Gebiet des Handels muß der schwache Zustrom amerikanischen Kapitals in China festgestellt werden. In den letzten Jahren waren wir alle Zeugen großer amerikanischer Investitionen in europäischen Ländern und in Japan; China jedoch genießt in Amerika keinen großen Kredit.

Trotzdem ist das Interesse, das die Amerikaner für China bekunden, ein außerordentliches. In den Vereinigten Staaten bestehen einige Gesellschaften und Klubs, die sich speziell mit China befassen. So z. B. der Klub in San Franzisko, die Chinesische Assoziation in Neuyork und „Die Freunde Chinas“ in Seattle. Es genügt, jene amerikanischen Konferenzen und Kongresse aufzuzählen, die sich im Verlauf der letzten Jahre mit China und dem Stillen Ozean befaßten, um das Interesse der amerikanischen Geschäftswelt an China in seinem ganzen Umfang zu erfassen. Ein Verzeichnis der Kongresse und Konferenzen ist in der amerikanischen Presse veröffentlicht worden: die Hochschulkonferenz zur Erforschung des Fernen Ostens in Chikago, die Konferenz für ausländische Angelegenheiten in Williamstown, die amerikanisch-chinesische Konferenz in Baltimore, die Stille Ozean-Konferenz in Honolulu. Die nationale Konferenz der Vereinigten Staaten in Seattle, die sich mit dem Außenhandel befaßte und die von 1500 Geschäftsleuten besucht war, behandelte außer dem Problem des Stillen Ozeans im besonderen das chinesische Problem. Im März 1926 wurde in San Franzisko eine Konferenz abgehalten, die dem Handel an beiden Küsten des Stillen Ozeans gewidmet war. Eine bedeutende Anzahl von Konferenzen, die sich mit der chinesischen Frage beschäftigten, unterstrichen das wachsende Interesse der Handelskreise an China, ungeachtet dessen, daß die realen Interessen der Amerikaner in China gegenwärtig nur gering sind. Noch deutlicher als in den Konferenzen kommt die Vorbereitung, die Rolle eines „Beschützers“ Chinas zu spielen, in der Organisation amerikanischer Schulen zum Ausdruck, sowohl in China selbst als auch in den Vereinigten Staaten. Diese Schulung der chinesischen Jugend hat streng praktische Ziele im Auge: Die Ausbildung von Ingenieuren für die chinesische Industrie, die sich gerne bereit finden, den Import amerikanischer Maschinen zu fördern. Gegenwärtig studieren in den Vereinigten Staaten mehr als 2000 Chinesen. „Uebrigens ist das Problem der Schulung von Angehörigen von Ostvölkern in Amerika erst unlängst, und zwar im Jahre 1926 wieder aufgerollt worden.“ *

In San Franzisko wird eine chinesische Schule für 150 Kinder im Alter von 7 bis 18 Jahren organisiert. An der Schulung chinesischer Jugend ist auch Ford beteiligt, der die Eröffnung eines Filialunternehmens in China plant. Auf seine Kosten studieren hundert chinesische Studenten. Seinerzeit betätigte sich der deutsche Imperialismus in Afrika und Asien als Kulturträger. Jetzt ist diese Rolle in Asien im wesentlichen in die Hände der Ver-

* Aus der „China Weekly Review“ vom 18. Dezember 1926.

einigten Staaten übergegangen. Die Ziele aber sind hier wie dort völlig dieselben — die Vorbereitung des Bodens zur Eroberung des einen oder anderen Landes. Die amerikanische Diplomatie und die sich hinter ihr verbergenden Handelskreise haben sich ein bestimmtes Ziel gesteckt — die ökonomische Eroberung Chinas —, dessen Verwirklichung sie unbeirrbar anstreben. Einige Hindernisse stehen ihr allerdings im Wege. Die wichtigsten davon sind das Bestehen einer englischen und japanischen „Einflußsphäre“, woraus sich die dominierende Rolle Englands und Japans ergibt. Die territoriale Ausdehnung und das Fehlen einer zentralen Gewalt erleichtern die Existenz der „Einflußsphären“ dieser beiden Länder, das widerspricht selbstverständlich den amerikanischen Interessen. Somit ergibt sich, daß die Vereinigung Chinas, soweit sie geeignet ist, den Einfluß der Mächte zu schmälern, für Amerika von gewissem positiven Interesse sein kann.

Das gab der amerikanischen Diplomatie die Möglichkeit, ihre Politik mit der „Freundschaft“ für das chinesische Volk zu bemänteln. Viele chinesische Führer, selbst Sun Yat-sen, nahmen diese amerikanische „Freundschaft“ für bare Münze. Jedoch zeigte es sich im Laufe der Zeit in stärkerem oder geringerem Maße, daß die Bestrebungen der Vereinigten Staaten nur auf die Befriedigung ihrer Interessen hinzielen. Das Liebäugeln des amerikanischen Gesandten Schurmann mit dem General Wupeifu* sowie die häufigen privaten Reisen des amerikanischen Generals Konor nach Laoyan** (dem Hauptquartier des Generals W.), das zwiespältige Verhältnis zur Kantonregierung, das Liebäugeln mit anderen Mächten, das außerordentlich feindliche Verhalten der USSR gegenüber, die äußerst schwankende Stellung während der Ereignisse der Jahre 1925/27, alles das erschütterte die amerikanische Popularität beim chinesischen Volke. Mit dieser erschütterten Popularität beschäftigt sich auch selbst die amerikanische Presse.

Das Schwanken der amerikanischen Politik in China liegt in ihrer Zwiespältigkeit begründet. Die Zwiespältigkeit aber der amerikanischen Politik findet ihre Erklärung in den Ursprüngen dieser Politik und den beiden Faktoren, die sie bestimmen: der eine Faktor sind die Finanzmagnaten, der andere die in China lebenden amerikanischen Bürger.

Diese letzte Gruppe (etwa 12 000 Menschen) beschäftigt sich in der Hauptsache mit dem An- und Verkauf chinesischer Rohstoffe. Die Interessen vieler von ihnen fallen mit den Interessen der Engländer zusammen. In dem von Coolidge veröffentlichten China-Memorandum sind diese beiden Faktoren berücksichtigt. Während die Interessen der Finanzgruppen in jenem Teile des Memorandums zum Ausdruck gebracht sind, in dem von Amerikas Freundschaft für China und den Konzessionen an die nationale Bewegung gesprochen wird, werden die Interessen der amerikanischen handelskapitalistischen Kreise in China in jenem Teil des Memorandums hervorgehoben, in dem von der Möglichkeit „eines Schutzes amerikanischer Bürger“ die Rede ist. In dem Projekt der amerikanischen Diplomatie zur Neutralisation Schanghai spiegelt sich ebenfalls jene Richtung wider, die

* Die Vereinigten Staaten sahen in Wupeifu den Einiger Chinas.

** 1923/24.

von den in China lebenden Amerikanern verteidigt wird. Für diese Amerikaner spielt Schanghai (bei den Handelsoperationen) eine außerordentlich wichtige Rolle, und an diese Rolle Schanghais haben sie Washington schon des öfteren erinnert. Die Haltung der Vereinigten Staaten zu Kanton ist also eine abwartende, immerhin mit einem gewissen feindlichen Unterton. Ebenso wie die Engländer, glauben auch die Amerikaner an die mögliche Mitarbeit der Kuomintang, falls die gemäßigten Elemente in ihr die Oberhand gewinnen sollten. In so einem Falle ist es nicht ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten der nationalen Regierung auch finanzielle Hilfe zuteil werden lassen.

Somit führt uns die Analyse der amerikanischen Interessen in China zu der Schlußfolgerung, daß der Wert der sogenannten Freundschaft zwischen Amerika und China ein sehr geringer ist. Die nationale Regierung (Kanton) muß die Besonderheit der amerikanischen Politik berücksichtigen und sie voll und ganz für die Ziele der nationalen Revolution ausnutzen.

A. SCHAMI:

DER NATIONALE UND DER KLASSENKAMPF IN PALÄSTINA

1. Die wirtschaftliche Lage des Landes

Ungeachtet aller Hindernisse, die der englische Imperialismus der Entwicklung des Landes in den Weg legt, macht seine kapitalistische Entwicklung dennoch Fortschritte. Wenn auch langsam, so doch unaufhaltsam ändert sich der Charakter der Landwirtschaft, wächst die Zahl der Plantagen. Eine Vorstellung davon gewährt die unaufhaltsame Zunahme der Apfelsinenausfuhr, die heute etwa 40 Prozent des Gesamtexports des Landes beträgt. Wenn in den Jahren 1919 und 1920 für 162 000 resp. 200 000 Pfund Apfelsinen exportiert worden waren, so wurden bereits in den Jahren 1924 und 1925 für 498 000 resp. 552 000 Pfund Apfelsinen ausgeführt. Die Entwicklung der Landwirtschaft führt zu einer bedeutenden Zunahme der Zahl der Landarbeiter. Parallel zur steigenden Nachfrage nach Lohnarbeitern steigt in noch höherem Maße das Angebot von Arbeitskräften. In den Dörfern vollzieht sich eine starke Klassendifferenzierung. Die oberen Schichten der Bauernschaft gehen zu intensiveren Formen der Landwirtschaft über, die niederen dagegen verarmen endgültig und sind gezwungen, in den Plantagen und den großen jüdischen und arabischen Wirtschaften Lohnarbeit anzunehmen. Tausende wandern in die Städte ab und vermehren dort die Zahl der Arbeitslosen. In den Städten steigt die Zahl der arabischen Werkstätten und Fabriken, dort vollzieht sich der Uebergang von der Manufaktur zur Fabrik.

Seit 1925 macht das Land eine langwierige wirtschaftliche Krise durch. Im Grunde ist dies eine Krise der zionistischen Spekulationsunternehmungen, die nur mittelbar die wirtschaftliche Gesamtlage des Landes beein-

flußt. Deshalb verspüren die jüdischen Arbeiter die Folgen der Krisis mehr als die arabischen Arbeiter. Von 32 000 eingetragenen jüdischen Arbeitern sind 8000 vollständig arbeitslos, wobei für die Mehrzahl die Arbeitslosigkeit bereits über ein Jahr dauert. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt etwa 4000. Besonders leiden unter der Arbeitslosigkeit die Bauarbeiter; die Zahl der arbeitslosen arabischen Arbeiter beträgt über 10 000. Die Zahl der Erwerbslosen vermehrt sich seit der Niederwerfung des syrischen Aufstandes um einige Tausend syrische Flüchtlinge.

Von den großen Summen, die die Regierung der Bevölkerung Palästinas abgenommen hat, gibt sie keinen Pfennig für die Linderung der Lage der Arbeitslosen her.

Die Dauerexistenz einer immer zunehmenden Reservearmee hat zu einer katastrophalen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. Der Lohn der jüdischen Arbeiter verringerte sich seit dem August 1925 bis zum Jahre 1926 um das $2\frac{1}{2}$ und sogar um das 4fache. Der Arbeitslohn der arabischen Arbeiter sank gleichfalls um 20 bis 50 Prozent. Da die jüdischen Arbeiter früher bedeutend mehr als die arabischen verdienten, fand nun eine gewisse Nivellierung statt. Aber es ist offenkundig, daß die Nivellierung der Arbeitslöhne nicht durch eine Steigerung der Löhne der arabischen Arbeiter, sondern durch eine Herabsetzung der Löhne der jüdischen Arbeiter vollzogen wurde. In bedeutendem Maße erklart sich diese Tatsache aus der Weigerung der in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale organisierten jüdischen Arbeiter, unter den arabischen Arbeitern zu agitieren. Der Arbeitstag des arabischen Arbeiters betrug bis zur letzten Krisis 10—14 Stunden. Heute sind die jüdischen Arbeiter in den Städten gleichfalls gezwungen, an Stelle von acht Stunden zehn und zwölf Stunden zu arbeiten.

So liegen die Dinge in der Stadt. In den Kolonien jedoch, in denen die Zionisten künstlich 10 000 jüdische Arbeiter konzentriert haben, sank der Arbeitslohn der jüdischen Arbeiter in vielen Fällen unter den Arbeitslohn der Araber (6—8—10 Piaster pro Tag). Zur Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Arbeitern und zur fernerer Herabsetzung der Arbeitslöhne beschäftigten die jüdischen Großbauern aus entlegenen Gegenden stammende Beduinen, die sich mit 3—4 Piaster pro Tag begnügen.

Die Bourgeoisie verschlechtert ununterbrochen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter; zu diesem Zwecke ist sie in den letzten Monaten zu einem Angriff auf die politischen Rechte der Arbeiterschaft übergegangen. Viele Unternehmungen entlassen die organisierten Arbeiter und stellen neue nicht-organisierte Arbeiter ein. Der Verband der Immobilienbesitzer und die Organisation der reichen Bauern sind nicht ohne Erfolg bemüht, bei den Neuwahlen zu den Organen der lokalen Selbstverwaltung den Arbeitern das Wahlrecht zu nehmen:

Es ist nichts für den sozialen Schutz der Arbeiter getan worden. Beispielsweise wurde folgendes Arbeiterschutzgesetz veröffentlicht: ein Arbeiter, der einen Betriebsunfall erlitten hat, erhält eine Unterstützung nur unter der Bedingung, daß er a) bei dem Unternehmer nicht unter 3 Jahre beschäftigt war und b) durch das Gericht festgestellt worden ist, daß der Unfall bei der Ausführung einer notwendigen Arbeit stattgefunden hat. Dieses Gesetz hat keine Geltung für die Landarbeiter, die in den Kleinbetrieben

Beschäftigten, für die Beamten und sogar für die Eisenbahnarbeiter (die zu den „zeitweiligen“ Arbeitern gerechnet werden).

Das Gesetz sieht keine Inspektion vor, und allein diese Tatsache nimmt ihm jede Bedeutung. Gleichzeitig wurde ein Gesetz veröffentlicht, das den Streikenden verbietet, Streikposten aufzustellen und die Streikbrecher zu beeinflussen, das also den Arbeitern die Durchführung eines Streiks unmöglich macht.

Es ist nicht verwunderlich, daß die katastrophale Lage der Arbeiter eine fieberhafte Zunahme besonders der jüdischen Auswanderung aus dem Lande bewirkt. Im ersten Quartal des Jahres 1925 wanderten 9000 Menschen ein bei einer Auswanderung von im ganzen 800 Menschen; im vierten Quartal dagegen kamen auf 2551 Immigranten 2570 Auswanderer.

Im Zusammenhang mit den sich verschlimmernden Arbeitsbedingungen des jüdischen Arbeiters geht in der jüdischen Bevölkerung die gleiche Klassendifferenzierung vor sich wie in der arabischen. Dieser Vorgang hat folgende Gründe. An die Stelle des nationalen philanthropischen Kapitals, das die Ausbeutung der Arbeiter durch nationalistische Illusionen verhüllte, trat der Kapitalist mit seinen unverhüllten Ausbeutungsmethoden. Das Wachstum des Privatkapitals befreite die zionistische Organisation von der Notwendigkeit, die „sozialistischen“ Experimente der jüdischen Arbeiterorganisation „Histadrut“ zu unterstützen. Am deutlichsten spiegelt sich diese Tatsache in folgenden Zahlen wider: die Mitgliederzahl der städtischen Arbeiterkollektive betrug im Jahre 1923 1522 gegen 1140 im Jahre 1925. Auf dem flachen Lande befinden sich diese Kollektive in keiner besseren Lage. Im Jahre 1923 waren 43 Prozent der Landarbeiter in Kommunen und 25 Prozent in Genossenschaften organisiert. 32 Prozent der Arbeiter waren Lohnarbeiter. Im Jahre 1926 dagegen sind rund 37 Prozent in Kollektiven aller Art organisiert, während 63 Prozent der Landarbeiter gegen Lohn arbeiten.

Das durch Vermittlung der Histadrut eingeführte Akkordsystem gab den Unternehmern eine Möglichkeit, die Arbeitslöhne herabzusetzen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit förderte den Prozeß der Lohnherabsetzung noch mehr. Dieser Prozeß wird auch durch die zunehmende Verwendung von Frauen- und Kinderarbeit gefördert (11 000 Arbeiterinnen, 6000 Jugendliche).

2. Die Arbeiterbewegung

Die Folge der schlechter werdenden Arbeitsbedingungen ist ein verschärfter Klassenkampf. Es wächst die Zahl und der Umfang der Streiks. Es entstehen schwere wirtschaftliche Zusammenstöße.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Streiks in den wichtigsten Städten Jaffa, Jerusalem und Haifa ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden	Zahl der Streiktage
1919	1	40	560
1920	5	44	591
1921	9	253	3 775
1922	9	466	1 993
1923	27	634	6 044
1924	32	996	19 798
1925 (1. Halbjahr) . . .	30	1334	18 873

Diese Angaben erfassen nur die Streikbewegung der jüdischen Arbeiter; über die Streikbewegung der arabischen Arbeiter sind keine genauen Angaben erhältlich, aber auch diese bewegt sich in aufsteigender Linie.

So fanden in den letzten Jahren viele Streiks statt, die ausschließlich von arabischen Arbeitern durchgeführt wurden. Erwähnt sei der Streik in der Ziegel- und Kachelfabrik von Wieland, der Streik der Steinhauer in Nablus, der Bauarbeiter in Nazareth, der Zimmerleute in Haifa, der Hafendarbeiter in Jaffa, der Landarbeiter in Chedera. Sogar diese spärlichen Angaben bezeugen das Anwachsen der Klassengegensätze und folglich auch des Klassenbewußtseins der arabischen Arbeiter. Dementsprechend macht sich der zunehmende Drang nach Organisierung bemerkbar.

Wenn es noch in den Jahren 1921—1922 fast keine einzige Organisation der arabischen Arbeiter gab, so zählte man bereits gegen Ende des Jahres 1926 über 400 organisierte arabische Arbeiter in der jüdischen Arbeiterorganisation und über 1000 organisierte Araber in verschiedenen national-arabischen Verbänden.

In der ersten Zeit verhielt sich die Regierung im wirtschaftlichen Kampfe neutral. Und zwar aus folgenden Gründen: 1. die Kämpfe waren von sehr kleiner Ausdehnung, 2. die Kämpfe selbst rührten wenig an die englischen Interessen, weil es zu jener Zeit noch keine englischen Unternehmen im Lande gab, 3. das Verhältnis der Regierung zur Histadrut war aus politischen Erwägungen ein wohlwollendes. Alles das hat sich in den letzten 2 bis 3 Jahren sehr geändert. Eine Reihe englischer Unternehmungen sind bereits in Betrieb oder werden bald in Betrieb genommen (der Hafen von Haifa, die Elektrizitätsgesellschaft Rutenberg, die Konzession von Haekson, die Zementwerke usw.). Geändert hat sich auch die politische Lage des Landes. Das Ergebnis davon ist in letzter Zeit die intensive Einmischung der Regierung in alle wirtschaftlichen Konflikte.

Man ging dazu über, nicht nur revolutionäre Arbeiter, sondern sogar sehr gemäßigte Vertreter der Histadrut zu verhaften. Die Polizei leistet den Streikbrechern aktive Hilfe und zerstreut die Streikenden. Besonders fühlbar wird dieser Zustand bei der Organisierung der arabischen Arbeiter. Die Regierung weiß, daß der Aufschwung und die Organisierung der arabischen Arbeitermassen den gesamten Charakter der palästinensischen Arbeiterbewegung verändern werden. Im Zusammenhang damit steht die Veröffentlichung der obenerwähnten Streikgesetze.

Bis zum Jahre 1925 war die Histadrut der einzige wirtschaftliche Arbeiterverband im Lande (abgesehen von der kurzen Existenz des Zentralbüros der Gewerkschaften im Jahre 1925 und der Organisationskommission im Jahre 1922). Aber seit dem Jahre 1925 entsteht eine ganze Reihe von arabischen Arbeiterverbänden (in Nablus, Haifa, Jerusalem, Jaffa, Nazareth, Bethlehem).

Die arabischen Arbeiterverbände sind vorerst noch ziemlich schwach, aber sie haben große objektive Entwicklungsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit der beginnenden Entwicklung der Arbeiterbewegung unter den Arabern macht sich eine starke Schwenkung nach der Seite der internationalen Organisation auch in den Reihen der jüdischen Arbeiter bemerkbar, die bisher gänzlich unter dem Einfluß der zionistischen Parteien standen.

3. Die nationale Bewegung

Gleich nach dem Krieg verstärkte sich in Palästina die nationale Bewegung. Im Jahre 1919 wurde der erste arabische Kongreß einberufen, der die Unabhängigkeit des Landes forderte. Der Kongreß wählte ein Exekutivkomitee mit Musa-Kiasim-Pascha an der Spitze. Im ganzen Lande wurden islamitisch-christliche Klubs gegründet, deren Ziel die Organisierung einer Volksbewegung gegen die anglo-zionistische Okkupation war. Trotzdem die Bewegung breite Bevölkerungsschichten ergriff und revolutionären Charakter trug, suchten die meist aus hochfeudalen Kreisen stammenden Führer der Bewegung eine Verständigung mit den Engländern herbeizuführen und lenkten die Aufmerksamkeit der Massen statt auf die englischen Okkupanten, auf deren zionistische Agenten. Diese Bahn betraten sowohl die Delegation, die nach Europa entsandt wurde, um in englischen konservativen Kreisen Unterstützung zu suchen, als auch die Klubs und Zeitungen in Palästina selbst. Das Antichambrieren bei den englischen Lords war naturgemäß erfolglos.

Die Mehrzahl der alten Führer der palästinensischen nationalen Bewegung ist zu einem Kompromiß mit den Engländern bereit und möchte nur für sich Vorrechte erzielen. Das wissen die Engländer genau, und so zersetzen sie die nationale Bewegung, indem sie verschiedene „Konzessionen“ in Aussicht stellen und eine Gruppe gegen die andere ausspielen. Im gegenwärtigen Moment wird die Zersetzung der nationalen Bewegung seitens der Engländer durch die Durchführung der Munizipalwahlen bewirkt. Bisher wurden die Munizipalkommissionen von den Engländern eingesetzt. Die gegenwärtige Ausschreibung von Munizipalwahlen verfolgt ein zweifaches Ziel: einerseits wird die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der Forderung nach einem parlamentarischen Regime abgelenkt, andererseits wird durch den Kampf um die Munizipalämter Zwietracht in die nationale Führungsschicht hineingetragen. Das Wahlrecht ist an einen hohen Besitzzensus geknüpft (so daß es sogar in den größeren Städten nur wenige Hunderte Wähler gibt), die Wahlordnung sieht (religiöse) Kurien vor. Das Ziel, das sich die Engländer stellen, wird dadurch vollkommen erreicht.

Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung konzentriert sich auf diese Wahlen, und im Zusammenhang mit ihnen spielt sich der Kampf zwischen den einzelnen Geschlechtern ab. Die wichtigsten Geschlechter: die Hussein, Naschaschib, die Dajan und einige kleinere Geschlechter kämpfen miteinander um den Einfluß und die Sitze in jedem Gemeinderat.

In diesen Kampf werden von den Engländern auch die Zionisten (zusammen mit den zionistisch-sozialistischen Parteien) verwickelt, die das Geschlecht der Naschaschib gegen das der Hussein unterstützen.

In den letzten Jahren gewinnen allmählich unter dem Einfluß der syrischen Ereignisse eine große Bedeutung in der nationalen Bewegung die linken Elemente, die sich unter dem starken Einfluß der illegalen panarabischen revolutionären Partei „Istiklal“ befinden.

4. Die Kommunistische Partei

Die Partei (die anfänglich unter dem Namen der Palästinensischen Sozialistischen Partei auftrat) besteht seit dem Jahre 1919. Nach ihrer Zer-

trümmerung im Jahre 1921 sammelt sie im Laufe der zwei letzten Jahre mit Mühe wieder ihre Kräfte. Gleichzeitig vollzieht sich die Säuberung der Partei von den Elementen und Ueberbleibseln sowohl der reformistischen als auch der jüdischnationalen (Poale Zion), der ultralinken und der anarchistischen Ideologie.

Im Jahre 1924 als Sektion der Komintern anerkannt, lenkt sie die verdoppelte Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit unter den arabischen werktätigen Massen.

Die Tätigkeit in den Gewerkschaften. Die Partei läßt seit jeher den Berufsorganisationen der Arbeiter die größte Aufmerksamkeit zuteil werden. Ende 1922 (vor dem 2. Parteitag der Allgemeinen Arbeiterorganisation „Histadrut-Haklalit“) entstand ein spezielles Gewerkschaftsorgan „Die Arbeiterfraktion in der Histadrut“. Die Arbeiterfraktion hatte ihre Vertreter auf der Konferenz und begann nach der Konferenz eine ausgedehnte Tätigkeit zur Verbreitung der Prinzipien der Gewerkschaftsinternationale; in allen Städten wurden Klubs gegründet, die eine systematische Arbeit in Angriff nahmen. Es erschien eine Reihe von Publikationen sowohl in jüdischer als auch in arabischer Sprache. Die Arbeiterfraktion gewann viele arabische Arbeiter für sich. Ihr Einfluß wuchs und wurde allmählich zu einer großen Gefahr für die Führer der Histadrut. Im Frühling 1924 wurde die Arbeiterfraktion aus der Histadrut ausgeschlossen, da sie angeblich „die Interessen des jüdischen Volkes und des palästinensischen Proletariats verrate“. Nicht nur wurden die den Bonzen der Histadrut bekannten Mitglieder der Arbeiterfraktion ausgeschlossen, sondern es wurde auch der Beschluß gefaßt, „künftig alle diejenigen auszuschließen, die die Ansichten der Arbeiterfraktion teilen und deren Tätigkeit unter einem anderen Namen fortsetzen“. (Bisher sind bereits über 200 Fraktionsmitglieder ausgeschlossen worden.)

Durch den Ausschluß der Fraktion und ihrer Mitglieder aus der Histadrut lieferten die Histadrutführer die Ausgeschlossenen an die Polizei aus. Die Klubs wurden ungesäumt geschlossen, die Fraktion für illegal erklärt; ihre Mitglieder werden verhaftet, und die Zugehörigkeit zu ihr wird ebenso bestraft wie die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei.

Trotz aller Verfolgungen besteht die Arbeiterfraktion weiter. Die von ihr veröffentlichten Schriften werden oft eingezogen.

Im Jahre 1925 entstand die Bewegung der „Einheit“. Das Ziel der Bewegung ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im internationalen und palästinensischen Maßstabe.

Die „Einheit“ wurde bald zu einer Massenbewegung. So z. B. vereinigte die Petition an die Histadrutexekutive über die Wiederaufnahme der Fraktion (im September 1926) trotz der Terrorisierung durch die Gewerkschaftsbürokratie 2500 Unterschriften auf sich. Es wurden drei Konferenzen einberufen, davon zwei Bezirkskonferenzen (in Jaffa und Haifa) und eine allgemeine palästinensische (im Dezember 1926). Die letztere war von außerordentlichem Erfolg begleitet. An der Konferenz nahmen 80 Delegierte teil, darunter 20 Araber (die 200 Arbeiter vertraten).

Diese Konferenz rüttelte die gesamte palästinensische Öffentlichkeit auf. Alle palästinensischen Zeitungen brachten aus Anlaß der Konferenz viele

Aufsätze und Notizen. Sie fand einen Widerhall sowohl in der syrischen als auch in der ägyptischen Presse.

Die erfolgreiche Tätigkeit der Einheitsbewegung lenkt die Aufmerksamkeit sowohl der Histadrutführer als auch der Polizei auf sich. Den Führern der Bewegung droht bereits der Ausschluß. Die Einheitsklubs werden von der Polizei geschlossen.

Der Einheitsgedanke dringt in die rückständigsten und früher chauvinistisch gesinnten Schichten der Landarbeiter ein. Unter ihnen entsteht eine Opposition gegen die Histadrut.

Während der Wahlen zur 3. Histadrutkonferenz (im Dezember 1926) sammelten die Oppositionslisten — trotz der massenhaften Ausschaltung aller „verdächtigen“ Mitglieder der Histadrut — dennoch 1200 Stimmen auf sich, während bei den Wahlen zur 2. Konferenz (im Jahre 1922) die Liste der damals legalen Arbeiterfraktion nur 250 Stimmen erhalten hatte. Der Einfluß der Partei und der Einheitsbewegung dringt auch in die unabhängigen arabischen Gewerkschaftsverbände ein.

5. Die Bedingungen der Parteitätigkeit

Die Partei ist gezwungen, unter ungewöhnlich schweren Bedingungen zu arbeiten. Der Polizeiterror gegen die revolutionäre Bewegung wächst mehr und mehr im ganzen Lande. Seine Ausmaße werden durch folgende Zahlen charakterisiert: Im ersten Jahr, nachdem die Arbeiterfraktion für illegal erklärt worden war, wurden 70 Leute wegen der Zugehörigkeit zur Fraktion oder zur Kommunistischen Partei zur Verantwortung gezogen und insgesamt mit 20 Jahren Gefängnis bestraft.

Außer dem Terror der Engländer herrscht im Lande noch der gesellschaftliche Terror gegen die Bolschewisten. Auf diesem Boden vereinigen sich die zionistische Bourgeoisie, die Sozialisten der II. Internationale und die islamitische klerikale Reaktion.

Im Kampfe gegen die Bolschewisten ist kein Mittel zu schlecht, auch nicht die Denunziation und der Ueberfall aus dem Hinterhalt. Aber das furchtbarste Mittel des öffentlichen Kampfes ist der wirtschaftliche Boykott. Kommt irgendein Arbeiter bloß in Verdacht, ein Kommunist zu sein, so verliert er seine Arbeit und man wendet alle Druckmittel an, damit der „Verräter“ und „Gottlose“ nie mehr eine neue Arbeit findet. In der Partei sind viele Genossen, die bereits ein Jahr lang keine Arbeit mehr finden können.

Die Fraktionsmitglieder werden nicht zu den Arbeitsnachweisen zugelassen; sie erhalten im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit keinerlei Unterstützung. Es ist der Krankenkasse verboten, einem kranken Kommunisten und seiner Familie ärztliche Hilfe zu gewähren.

Schwierigkeiten anderer Art entstehen für die Parteiarbeit aus dem nationalen Zwist (noch im Jahre 1923 verging kein Monat, ohne daß eine oder zwei Personen auf Grund nationaler und religiöser Streitigkeiten getötet worden wären) und aus der Vielsprachigkeit. Jede Aktion zugunsten der Solidarität und einer gemeinsamen Organisation der jüdischen und arabischen Arbeiter wird als „Bolschewismus“ angesehen. Im Zusammenhang mit der Vielsprachigkeit erfordert jede Aktion, jede Kampagne unverhältnismäßig viele Menschen und Kräfte.

Das Land ist nicht groß, die Arbeiterzahl unbedeutend, und ein ein- oder zweimaliges oppositionelles Auftreten genügt, einen Arbeiter unmöglich zu machen, noch ehe er in die Partei eintritt.

Alle diese Schwierigkeiten schaffen eine sehr komplizierte Situation, die immer neue Methoden der Parteiarbeit erheischt.

J. ZIMMRING :

DIE FRONT DES ARABISCHEN OSTENS GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Die unterdrückten Völker des arabischen Ostens regen sich. Gegen die Herrschaft des Imperialismus wird die nationalrevolutionäre Front ausgerichtet. Für das letzte Jahr ist der Umstand charakteristisch, daß auf den Schauplatz des sozialen Kampfes auch neue Kräfte der jungen Arbeiterklasse des kolonialen und halbkolonialen arabischen Ostens getreten sind. Die in den nationalen Kampf hineingezogenen neuen Kaders wenden sich gleichzeitig auch gegen die nationale Bourgeoisie, die sich an den Imperialismus verkauft hat. Zusammen mit der Bauernschaft erhebt sich das junge Proletariat des arabischen Ostens zum Schutze der Unabhängigkeit seiner Länder.

In den rückständigen Ländern des arabischen Ostens ist eine tiefgehende ökonomische Verschiebung vor sich gegangen. Durch den Weltkrieg wurden in diesen Gebieten neue proletarische Kaders ins Leben gerufen. Dank dem ausländischen Kapital geht die ökonomische Entwicklung dieser Länder rasch vor sich. Neue Städte, Häfen, Eisenbahnen werden gebaut. Die Länder werden immer mehr in den Bannkreis des Weltkapitalismus hineingezogen. Im revolutionären Tempo wandelt sich die soziale Struktur der gestern noch rückständigen Länder. Das nationale Selbstbewußtsein und der revolutionäre Kampf um die Unabhängigkeit nimmt zu. Es beginnt sich aber auch die Klassendifferenzierung bemerkbar zu machen. Die Arbeiterklasse spielt bereits eine ziemlich bedeutende Rolle und nimmt die Initiative des antiimperialistischen Kampfes in ihre Hände. Das ist die Erfahrung des letzten Jahres in bezug auf die nationalrevolutionäre Bewegung in den Ländern des arabischen Ostens.

In den französischen und englischen Kolonien und Halbkolonien gärt es stark unter den breiten Massen der Einheimischen. Die Bewegung richtet sich gegen das Mandatwesen und das imperialistische Treiben. Auf dem Hintergrund der von den Imperialisten zur Zeit betriebenen Neuverschacherung der Kolonien, der hinter den Kulissen geführten Verhandlungen über das Schicksal der Mandatarländer und der Kolonialbesitztümer, gewinnt das Auftreten der jungen Arbeiterklasse des arabischen Ostens immer mehr an Bedeutung. Die junge Avantgarde ist die Trägerin der Losungen gegen jeden Imperialismus, für die Aufhebung der Mandate, für die Vereinigung aller revolutionären Kräfte und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Zwei Fronten gegen den französischen Imperialismus

Im Laufe von fast hundert Jahren hat Frankreich die reichsten Territorien Nordafrikas an sich gebracht: Alger, Tunis, Marokko, nach dem Weltkriege auch Syrien. Alle diese Länder, die vorwiegend Agrarländer sind, spielen in dem politischen und wirtschaftlichen System des imperialistischen Frankreich eine gewaltige Rolle. Durch das Regime, das in diesen Gebieten aufgerichtet worden ist, sowie durch die grausame Terrorpolitik will man die Möglichkeit für eine „friedliche“ Plünderung der Bevölkerung sichern. Steeg (Marokko), Violette und Ponceau, die Agenten des Quai d'Orsay, wirken im Interesse der französischen Imperialisten und Bankiers, die bereits seit langem die unbeschränkten Herren in Nordafrika und in der letzten Zeit auch in Syrien sind. Die ganze Macht liegt in diesen Gebieten in den Händen einer Clique von Militärs und französischen Beamten. Es wird vollkommen ungeniert die Politik der Enteignung der einheimischen Bevölkerung betrieben, wodurch der Prozeß der Landlosmachung der Bauern und ihre Verwandlung in Lohnarbeiter beschleunigt wird. Der Grundbesitz eines kleinen Häufleins europäischer Kapitalisten wächst auf Kosten der Einheimischen unaufhörlich.

Die Steuerpolitik Frankreichs, die auf zahlreichen Abgaben basiert, sowie seine gesamte Finanzpolitik in den Kolonien sind die Ursache für die Verelendung der eingeborenen Massen. Besonders deutlich ist dies in der letzten Zeit am Schicksal Syriens geworden, dessen Wirtschaft eine schwere Krise durchmacht. Die gesamte syrische Bevölkerung seufzt unter der Last der hohen direkten und indirekten Abgaben. Die Grundlagen der Bauernwirtschaft sind erschüttert. Die Kehrseite dieses Prozesses ist die anwachsende Auswanderung, die das ganze Land umfaßt. In der Hoffnung auf bessere Arbeitsbedingungen infolge der äußerst schlechten Existenzbedingungen läßt die städtische und ländliche Bevölkerung Syriens ihre Beschäftigung im Stich und begibt sich in fremde Länder. 1926 erreichte die Zahl der Auswanderer aus Syrien 30 000.

Die französischen Patrioten aber brüsten sich mit ihrem „demokratischen“ Verwaltungssystem und mit der Einbeziehung ihrer Kolonien, der sogenannten Mandatarländer, in ihren „Kulturkreis“.

Willkür und Gewalttätigkeit, ökonomische und politische Unterdrückung haben in all diesen Ländern, von Syrien bis Marokko, eine Welle nationaler Bewegung hervorgerufen. Mit der Waffe in der Hand verteidigen die Einheimischen ihre Unabhängigkeit. Der syrische wie auch der marokkanische Aufstand wurden hervorgerufen durch ein und dieselbe Ursache, — die politische und ökonomische Unterdrückung. Trotz der bereits lange verbreiteten Nachrichten der französischen Behörden über die Befriedung des Landes ist der syrische Aufstand auch jetzt noch nicht unterdrückt. Durch die barbarischen Methoden der Unterdrückung hat Frankreich den Fluch der gesamten Welt auf sich geladen. Die Forderung des syrischen Volkes nach Abschluß eines Friedens beantwortete Frankreich mit Füsillierungen der friedlichen Bevölkerung. Die Folge der Befriedung sind für Syrien 15 000 Tote und 5 Millionen Lira Schaden.

Keine Opfer und Niederlagen können jedoch den heiligen Eifer der arabischen Massen im Kampfe um ihre Unabhängigkeit schwächen. An

Stelle der Kriegslager tritt eine umfassende Bewegung für die Unabhängigkeit in allen französischen Kolonien des arabischen Ostens — in Syrien, Algier, Tunis und Marokko. Die politische Unterdrückung, die ökonomische Krise, die Teuerung und die Verelendung der Massen — all das war neben den politischen Ereignissen von 1926 der Prüfstein für die radikal werdenden Massen der französischen Kolonien und Halbkolonien des Ostens. Diese Momente bestimmen denn auch im weiteren Verlauf die Aktivität der Arbeitermassen. Wir können feststellen, wie auf der ganzen Linie, von Marokko bis Syrien, den Aufständen die erhöhte Aktivität der Arbeiterbewegung folgt.

Die Arbeiterbewegung Nordafrikas

1926 rollte über ganz Nordafrika eine breite Welle von Proteststreiks gegen die imperialistische Unterdrückung, die politische Zensur, den Terror und die Gewalttätigkeit der französischen Satrapen. An der Bewegung nahmen sowohl europäische als auch einheimische Arbeiter teil. In der internationalen Tanger-Zone fand in vielen Industriezweigen eine Reihe von Streiks statt, die im dritten Viertel des Jahres zu einem Generalstreik auswuchsen. Die Demonstration in Tanger, die auf die Initiative der Arbeiter organisiert wurde, scharte breite Massen der einheimischen Bevölkerung um sich und stellte eine Reihe politischer Forderungen auf. In Tunis und Algier gab es Streiks der Bäcker, Böttcher, Maler, Bergarbeiter (10 000) usw. Die meisten Streiks riefen in den anderen Industriezweigen Solidaritätsstreiks hervor und waren in der Mehrzahl der Fälle erfolgreich. Die Kampagnen gegen die Teuerung gestalteten sich zu machtvollen Demonstrationen der Einheitsfront. Auch die Tätigkeit der unitären Gewerkschaften für die Hineinbeziehung der einheimischen Massen in die Gewerkschaftsbewegung hatte großen Erfolg. Die gesamte Arbeiterbewegung Nordafrikas stand im Zeichen des Kampfes für die Aufhebung des Einheimischen-Kodex, für gleiche Arbeitsbedingungen und für gewerkschaftliches Koalitionsrecht.

Die Arbeiterbewegung in Syrien

Das Terrorregime der nationalen Unterdrückung, der jähe Valutasturz von 1926, die wachsende Teuerung, die unglaubliche Ausbeutung riefen in ganz Syrien eine Streikwelle hervor. Im Sommer 1926 streikten die Straßenbahner der Stadt Beirut. Die Bewegung griff auch auf die Arbeiter anderer Industriezweige über: auf die graphische Industrie, die Holzbearbeitungsindustrie, die Tabakindustrie usw. Im weiteren Verlauf erfaßt die Bewegung auch andere Städte. In Damaskus streiken 2000 Textilarbeiter. Das neugebildete Komitee zur Organisation der Gewerkschaften ruft die Arbeiter zur Unterstützung der Streikenden auf. Der Streik wächst sich zu einem Generalstreik aus. Neben ökonomischen Forderungen werden auch Forderungen nach Koalitionsrecht erhoben. Die Front der Arbeiterbewegung, die Hand in Hand mit einer nationalen Bewegung geht, hat sich für den französischen Imperialismus nicht minder gefährlich erwiesen als der revolutionäre Aufstand. Die französischen Behörden treffen eilige Maßnahmen. Auf Befehl des Oberkommissars werden viele aktive Funktionäre vor's Gericht gestellt und in die Verbannung geschickt. Ein Terrorregime wird

aufgerichtet. Die Bewegung geht jedoch nicht zurück. Die Streikwelle, begleitet von der Bewegung für die Organisationsfreiheit, dauert an bis Ende 1926. Gegen die Front der Arbeiterbewegung wird die Polizei mobilisiert. Sie verfolgt aufmerksam alle Konflikte, greift ein und wendet Gewalt an. Die französischen Satrapen sind jedoch außerstande, den geschichtlichen Gang der Dinge aufzuhalten, da die syrische Arbeiterschaft ihre Klassenlage erkannt, ihre Aufgaben erfaßt hat und sich auflehnt gegen das „Jahrhundert der Kolonisation“. Neben der nationalen Bewegung wächst in Syrien die zweite Front, die Front der Arbeiter, die für die Unabhängigkeit und die Befreiung von der kapitalistischen Unterdrückung kämpfen.

Aufschwung der Arbeiterbewegung in Aegypten

Aegypten ist seit jeher einer der Grundpfeiler, auf dem das Gebäude des englischen Imperialismus ruht. Die letzten Jahre waren kritische Jahre für die englische Politik in Aegypten. Die erzwungene Proklamierung der „Unabhängigkeit“ Aegyptens, die Zugeständnisse, auf die England einging, wurden nur gemacht, um nachher mit neuen Kräften über das Opfer herfallen zu können. 1924 gaben die Ereignisse im Sudan dem englischen Imperialismus die Möglichkeit, dieses Land endgültig an sich zu reißen. Auf diese Weise gelang es England, schnell die berühmte Senaar-Sperre zu errichten, um die Bewässerung der englischen Baumwollplantagen im Sudan sicherzustellen. Im Interesse Lancashires vergißt England Aegypten. Das ägyptische Volk protestierte gegen den Bau der Senaar-Sperre, wie auch gegen die Herrschaft Englands überhaupt. Die ägyptische Bourgeoisie aber, mit dem englischen Kapital verbunden, hat sich schon lange an England verkauft. Der König Fuad und seine Clique üben nach wie vor Verrat an den Interessen der ägyptischen Massen.

Trotz der Kapitulation der ägyptischen Bourgeoisie sehen wir andererseits das Anwachsen der Arbeiterbewegung, eine Neubelebung des ägyptischen Proletariats. In den letzten zwei Jahren hat die ägyptische Reaktion der Gewerkschaftsbewegung große, schwere Schläge versetzt. Die revolutionäre Arbeitskonföderation wurde liquidiert. Mit Hilfe von Gewalt und Terror, die auch jetzt fort dauern, stopfte die Bourgeoisie den Arbeitern den Mund. In der Periode des nationalen Aufschwungs umfaßte die ägyptische Arbeiterbewegung Hunderttausende. Auf der ersten Konferenz der ägyptischen Arbeiter im März 1921 waren 125 000 organisierte Arbeiter vertreten. Die bald darauf gegründete revolutionäre Arbeitskonföderation trat der Roten Gewerkschaftsinternationale bei. Aber das in Aegypten aufgerichtete Stolypin-Regime machte der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ein Ende. Während der letzten Streikwelle, als die Arbeiter die Fabriken besetzten, wurde die Föderation aufgelöst. An ihre Stelle trat die Allgemeine Aegyptische Arbeits-Föderation, die unter dem Protektorat des Königs Fuad steht. Die Taktik dieser Organisation ist ausgesprochen verräterisch. Zusammen mit der Regierung und den national-bürgerlichen Parteien ist sie bestrebt, die ägyptische Arbeiterbewegung mit dem Geiste des Reformismus zu durchtränken. Jedoch ist es dieser Organisation nicht gelungen, breite Arbeitermassen um sich zu sammeln. Zur Zeit ist ein elementarer Aufschwung der ägyptischen Arbeiterbewegung zu verzeichnen. Das verräterische Verhalten der ägyptischen Bourgeoisie, die Verschlechterung der öko-

nomischen Lage im Zusammenhang mit der allgemeinen Krise spornten die Arbeiter zu Aktionen an. Die bereits verstummten Gewerkschaftsverbände erwachen zu neuem Leben und fordern neue Arbeiterkaders auf, sich zu organisieren. Die Arbeiter beginnen sich von dem Einfluß der verräterischen Führer zu befreien und stellen über den Kopf der Führer hinweg ihre Forderungen auf. Sie verlangen Arbeitsgesetzgebung, Achtstundentag und Anerkennung der Gewerkschaften. Die Lage in Aegypten ist zur Zeit sehr günstig, um die Arbeiterorganisationen auszubauen und die Massen der Unorganisierten heranzuziehen. Die Reformisten, die einheimischen sowie die ausländischen, die danach trachten, die Arbeiterbewegung unter ihre Führung zu bekommen, werden die ägyptische Bourgeoisie nicht retten können, da die Erfahrung den Arbeitern den einzig richtigen Weg gezeigt hat — den Weg des selbständigen Kampfes gegen die Ausbeuter und die imperialistische Unterdrückung.

J. T. MURPHY:

DER IMPERIALISMUS IN CHINA*

„Ich muß damit beginnen, den edlen und gelehrten Lord zu der Tatsache zu beglückwünschen, daß weder er im Oberhaus noch der Führer der Opposition (Herr Macdonald) im Unterhaus auch nur im geringsten den albernen Gedanken nährte, als ob unsere Truppensendungen nach dem Fernen Osten — ob sie nun klug oder unklug seien — irgend etwas mit imperialistischer Politik oder mit territorialer Eroberung zu tun hätten.“ (Lord Balfour im Oberhaus am 9. Februar 1927.)

Ein altes englisches Sprichwort sagt: „Lügner brauchen ein gutes Gedächtnis“. Balfour und seine Kollegen sowohl im Oberhaus als auch im Unterhaus, Macdonald mit eingeschlossen, hätten überaus gut daran getan, sich an dieses alte Sprichwort zu erinnern, bevor sie sich daran machten, in so unverschämter Weise zu lügen. Auch würden Lügner, unter denen ein so völliges Einvernehmen herrscht, gut daran tun, wenn sie sich an ihre früheren Äußerungen aus Anlaß derselben Frage erinnern würden, ganz besonders dann, wenn sie gemeinsam eine einheitliche Politik verfolgen. Austen Chamberlain, der englische Außenminister hat der Welt laut versichert, daß die 20 000 Mann Truppen, die 80 Flugzeuge und Dutzende von Kriegsschiffen im Bereich von Schanghai einzig und allein dazu da sind, „um das Leben der englischen Bürger zu schützen“ und nur ihr Leben. Herr Macdonald machte den Zwischenruf „Hört, hört“ und unterstützte diese Erklärung. Keiner aber verwies auf die Tatsache, daß das Leben der englischen Staatsbürger etwas zu tun hat mit dem „englischen Eigentum“, das sie aufzugeben weder die Absicht hatten noch haben, so wenig wie die englische Regierung die Absicht hatte, sie zur Preisgabe dieses Eigentums aufzufordern. Balfour sprach aus Anlaß der bereits erwähnten Gelegenheit etwas deutlicher. Er führte aus: „Die Truppensendungen erfolgen einfach zu dem Zwecke der Sicherung des Lebens, der Rechte und des Eigentums unserer Landsleute“.

Damit wird dem ganzen Schwindel und der Heuchelei über den Zweck der Anwesenheit von Truppen in Schanghai, Honkong usw. mit einem Schlage der Boden unter den Füßen entzogen. Die Truppen sind kein Sanitätärkorps, die Schiffe sind keine Spitalschiffe. Die Kanonen sind keine Spielzeuge. Sie sind Mordwerkzeuge, deren Abschickung den Zweck verfolgt, die Macdonald- und Baldwin-Politik der „Kontinuität in auswärtigen Angelegenheiten“, die in der Förderung der Politik des englischen Imperialismus besteht, zur Anwendung zu bringen. Es wäre Humbug der übelsten Sorte, wenn man sagen wollte, daß dieses Vorgehen der englischen Regierung als ein Vorgehen gelten könnte, das außerhalb und jenseits des Zusammenhanges mit der Politik des englischen Imperialismus steht, und niemand weiß das besser als die lügnerischen „Staatsmänner“, die in der Art Macdonalds ausführen, daß sie gern sehen würden, „wenn jeder unter die Vergangenheit einen Strich machen und ein neues Blatt aufschlagen wollte, das für die Zukunft bestimmt sein soll“. Diese bezaubernde Losgelöstheit von den Dingen kann man törichtem Narren wohl auf dem Papier vorsetzen, aber das wirkliche Leben hat damit nichts zu tun. Macdonald weiß das ebenso gut wie Baldwin und Chamberlain, oder wie wir es wissen. Ebenso wenig kann das zum Inhalt der „Kontinuität“ gemacht werden, von der sie soviel schwatzen. Es ist das allzu ätherisch und paßt nur für die bezaubernden Kreise einer christlichen Bruderschaftsversammlung an einem schönen Sonntagnachmittag. Die harte Wirklichkeit läßt sich ganz anders an. Sie zeugt von Heucheleien, Raub, Plünderung und dem gemeinsten Mord und präsentiert dem englischen Imperialismus eine derartige Liste von Niedertracht, daß jeder anständige Engländer sich dabei seiner Abstammung schämen muß. Vielleicht ist das der Grund, warum Macdonald so eifrig vergessen will, ausgerechnet in einem Augenblick, in dem Hunderte Millionen von Chinesen gezwungen werden, sich von neuem an die lange Reihe jener Fälle des Aufmarsches der englischen Flotte und der englischen Armee in chinesischen Gewässern und auf chinesischem Boden zu erinnern, die dem

* Elinor Burns: „Der englische Imperialismus in China“, Labour-Forschungsabteilung.
J. A. Dolsen: „Das Erwachen Chinas“, „Daily Worker“, Verlagsgesellschaft, Chikago.

jetzigen Aufmarsch vorausgegangen ist. Glücklicherweise hat es „Staatsmänner“ und Schriftsteller gegeben, die weit aufrichtiger waren als die gegenwärtigen Lenker der Geschichte des englischen Imperialismus. Der Vater von Austen Chamberlain, Herr Josef Chamberlain, der früher den gleichen Posten innehatte, den sein Sohn heute ausfüllt, führte 1897 aus:

„Alle großen Staatsbeamten stecken in kaufmännischen Angelegenheiten. Das Auswärtige Amt und das Kolonialministerium befassen sich hauptsächlich mit der Auffindung neuer Märkte und der Verteidigung der alten. Das Kriegsministerium und das Marineministerium befassen sich vorwiegend mit den Vorbereitungen zum Schutze unseres Handels. Das Landwirtschaftsministerium sowie das Handelsministerium gehen vollkommen auf in diesen zwei großen Industriezweigen. Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß der Handel das größte aller politischen Interessengebiete ist und daß jene Regierung den größten Anspruch auf Dank hat, die das meiste zur Steigerung unseres Handels sowie dazu tut, ihn auf eine feste Grundlage zu stellen.“

Das ist eine Sprache, die auch der einfache Mann aus dem Volke versteht. Das heißt man offen reden. Die moderne Version derselben Sache aber lautet: „Es ist unsere göttliche Sendung, die Eingeborenen zu Höherem zu erziehen, sie so weit zu bringen, daß sie sich selbst regieren können, den rückständigen Völkern die Zivilisation und alle ihre Vorteile zu beschern und sie zum Christentum zu bekehren.“ Die Genossen Burns und Dolsen haben in den beiden Büchern, die wir besprechen, in äußerst lebendiger Form dargetan und entlarvt, wie sich die alte und die neue Schule bei der Politik der „Erziehung zu Höherem“ in den letzten Jahrhunderten benommen haben. Das Buch „Der englische Imperialismus in China“ bringt eine interessante Darstellung der wirtschaftlichen Hintergründe der Politik. Das Buch „Das Erwachen Chinas“ enthält weiter graphische Darstellungen der in China herrschenden sozialen Verhältnisse, sowie erdrückendes, den Ausführungen führender Schriftsteller und leitender Persönlichkeiten des amerikanischen und englischen Imperialismus entnommenes Beweismaterial, das die heuchlerische Erklärung Chamberlains und Macdonalds ein für allemal in Grund und Boden verdammt.

Die Analyse, die Burns in bezug auf die Aenderung der Formen des Imperialismus im Osten vorgenommen hat, sowie die ausführliche Kennzeichnung der jetzt „verteidigten Interessen“, strafte Chamberlain und Balfour Lügen und entlarvte Macdonald und Thomas als die Hausknechte der modernen, in der Bank von England konzentrierten Finanzpiraten. Die ersten Einfälle in China erfolgten seitens der Ostindischen Gesellschaft, die späterhin durch ihr Brigantentum in Indien berühmt wurde. Ein Hauptteil der nach China gehenden Einfuhrwaren der Ostindischen Gesellschaft war Opium. Diese Einfuhr, die von der kaiserlichen chinesischen Regierung bekämpft wurde, stieg von 200 Kisten im Jahre 1729 auf 20 000 Kisten im Jahre 1848. Der Widerstand Chinas gegen diesen Handel führte im Jahre 1839 zum ersten Opiumkriege. In der Folge wurde das zum Anlaß, daß England die Insel Honkong besetzte, die ein höchst wichtiges Zwischenglied des fernöstlichen Verbindungsweges und eine glänzende strategische Basis zur Förderung der christlichen Operationen in China darstellte. Neben dieser Einnahme einer Zugangsstelle erhob England im „Geiste des Friedens“ eine Entschädigung von 21 Millionen Dollar, erzwang die Oeffnung von vier weiteren Hafensorten für den ausländischen Handel und sicherte sich auf diese Weise eine Basis für die Opiumschmuggler, von der aus diese unter dem Schutze der englischen Flagge ihr unsauberes Handwerk betreiben konnten. Das war die Art und Weise, in der die englischen Bürger vorgingen, um sich Garantien für den „Schutz ihres Lebens“ zu schaffen. Der Verstorbene H. M. Hyndman, ein Antibolschewist, beschreibt diese Dinge wie folgt:

„Im Jahre 1840 setzte eine Reihe von Angriffen, Beschießungen, Städteplünderungen und Niedermetzungen der Chinesen ein, die an niederträchtiger Grausamkeit von keiner wilden Rasse der Welt jemals übertroffen wurden . . .

Das war schon kein Krieg mehr, sondern ein unaufhörliches Schlachten und Niedermetzeln, bei dem die englischen Soldaten und Matrosen kaum etwas riskierten und sich mit Schmach und Schande bedeckten. Sie kämpften um das Recht zur Vergiftung des chinesischen Volkes, obwohl die chinesische Regierung die Einfuhr (von Opium) verboten hatte; sie kämpften einzig und allein im Interesse der Opiumschmuggler.“ („Das Erwachen Asiens“, aus dem Dolsen zitiert.)

Im Jahre 1856 begann, in Folge eines Versuches der Chinesen, den Opiumhandel zu unterbinden, der zweite Opiumkrieg. Dieses Mal wurden die Engländer von den Franzosen unterstützt. England eroberte durch diesen „Krieg“ das Honkong gegenüberliegende Land-

gebiet, erpreßte eine Kriegsentschädigung von 1 200 000 Pfund Sterling, die Stelle eines englischen Generalinspektors des Zoll-Einnahmewesens, die Erschließung von neuen Häfen für den ausländischen Handel und die Legalisierung des Opiumhandels sowie der Privilegien zur „Propagierung und Ausübung des Christentums“. (Siehe „Englischer Imperialismus in China“, Seite 5.) Die Wichtigkeit des letzteren hat bereits der englische liberale Nationalökonom J. A. Hobson zum Vorteile Englands dargetan, als er schon im Jahre 1902 folgendes ausführte:

„Die ganze Macht und die wichtigen Stützpunkte des Imperialismus halten sich durch religiöses und philanthropisches Wirken: der Patriotismus appelliert an den allgemeinen Machtkitzel eines Volkes durch die Anempfehlung edlerer Gebräuche, die die Formen der Selbstaufopferung annehmen, hinter der sich die Herrschaftsgewalt verbirgt. Auf diese Weise wird das Christentum „imperialistisch“; der Erzbischof von Canterbury zieht in der ganzen Welt herum und predigt das Evangelium; der Handel wird imperialistisch in den Augen der auf der Suche nach einem Weltmarkt befindlichen Kaufleute.“ Er zitiert dann einen Chinesen und führt aus: „Es muß einem Mandarin sehr schwer fallen, die Missionare und die hundertjährige Macht auseinanderzuhalten, deren Kriegsschiffe jeden Augenblick im Namen ihrer jeweiligen Regierungen aufzutauchen bereit erscheinen... Die Chinesen haben mit großem Interesse die Reihenfolge der Dinge beobachtet, — in der zuerst der Missionar, dann der Konsul und schließlich die Invasionsarmee kommt.“

Die Invasionsarmee dient natürlich dem Schutz des Lebens der „wehrlosen“ Christen, wobei, wie Herr Macdonald sagen würde, „die Chinesen natürlich nicht aufgebracht sein dürfen“, wenn die Kanonen losgehen. So war die legalisierte Opiumeinfuhr nebst dem Christentum nur die erste Etappe, bei der der Handel „der Flagge folgte“. Aber unsere beiden Verfasser, Burns und Dolsen, zeigen, daß dies nicht das Ende, sondern nur der Beginn der Ausplünderung war. In rascher Reihenfolge kam ein Krieg auf den anderen, wobei das Wesen des Krieges in jedem einzelnen Falle im Grunde genommen dasselbe ist, obwohl die Anlässe jeweils andere sind.

Diese Aenderung der Anlässe wird in dem Buch von Burns klar aufgezeigt und es wird statistisch nachgewiesen, welche Veränderungen in den Reihen der Imperialisten eintreten, je nachdem, wie sich die beherrschenden, der imperialistischen Politik zugrunde liegenden Interessen ändern und der Imperialismus vom Handel zur Jagd nach Konzessionen und zum Finanzbrigantentum übergeht. Genossin Burns schreibt:

„Die Handelsstatistik zeigt eingreifende Veränderungen ungefähr von 1885 ab.

Der englische Handel mit China von 1851—1895

Zeitperiode	Der Jahresdurchschnitt für einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren			
	Ausfuhr Großbrit. u. Irlands nach China	Einfuhr Großbrit. u. Irlands aus China	Überschuß der Einfuhr aus China	Überschuß d. engl. Ausfuhr nach China
	(in Millionen Pfund Sterling)			
1851—55	1,7	8,7	7,0	—
1856—60	3,6	9,3	5,7	—
1861—65	4,5	12,3	7,8	—
1866—70	8,6	10,5	1,9	—
1871—75	9,2	13,3	4,1	—
1876—80	8,2	14,4	6,2	—
1881—85	8,6	11,0	2,4	—
1886—90	8,7	7,8	—	—
1891—95	7,4	4,1	—	3,3
1896—1900	8,5	3,4	—	5,1
1901—05	17,1	2,7	—	14,4
1906—10	13,1	6,1	—	7,0
1911—13	19,5	5,3	—	14,2
1914—19	25,9	25,3	—	0,6
1920	57,3	29,3	—	28,0
1921	33,3	12,2	—	21,1
1922	29,4	10,3	—	19,1
1923	25,5	13,0	—	12,5
1924	29,2	14,6	—	14,6
1925	19,7	14,4	—	5,3

Während der ganzen Handelsperiode des englischen Kapitalismus befaßt sich der Handel mit China mit dem Austausch englischer Erzeugnisse, vorwiegend Baumwollwaren, gegen chinesische Produkte. Mit dem Aufschwung der Eisen- und Stahlindustrie in England und der engen Verbindung zwischen dieser Industrie und den Banken machte sich ein neuer Bedarf geltend. Die an der Spitze der Banken stehenden Finanzgruppen hatten jetzt Bedarf an Kapitalanlagegelegenheiten im Auslande, während die Eisen- und Stahlwerke, mit denen sie vereinigt waren, Absatzmärkte für ihre Erzeugnisse brauchten. Die Chinesen waren außerstande, das Geld für Eisenbahnen, Brückenbauten und sonstige groß angelegte Unternehmungen aufzubringen, jedoch konnten sie gezwungen werden, die Haftpflicht für Anleihen zu übernehmen, wobei die Banken bei der Unterbringung der Anleihen darauf zu bestehen pflegten, daß die zu vergebenden Aufträge an die mit ihnen vereinigten Betriebe gingen. Auf diese Weise trat die englische Handelspolitik in den neunziger Jahren (obwohl sie in einer unsichtbaren Form weiterging) ihren Platz ab an eine Politik der Kapitalausfuhr, des Erwerbes von Konzessionen und des Beginns der industriellen Erschließung Chinas.“ („Englischer Imperialismus in China“, Seite 11.)

An Hand von vielen Tatsachen und reichhaltigem Zahlenmaterial hat es Genossin Burns unternommen, die neuen an der Arbeit befindlichen Kräfte und den Beginn der Industrialisierung Chinas aufzuzeigen, die sich auch jetzt erst noch in den Kinderschuhen befindet. Ganz besonders interessant sind die Angaben über die abgeschlossenen Anleihen und die aufgezwungenen Kriegsschädigungen. Die in der Zeit von 1895 bis 1911 abgeschlossenen öffentlichen Anleihen belaufen sich auf über 80 Millionen Pfund Sterling, wobei die aus Anlaß des Boxeraufstandes erhobene Entschädigung in Höhe von 67 Millionen Pfund Sterling nicht eingerechnet ist. Natürlich stand England bei der Ausübung dieser neuen Form des Brigantentums nicht allein. Japan erzwang im Jahre 1895 eine Kriegsschädigung von 34½ Millionen Pfund Sterling, während sich die anderen Räuber beeilten, China 48 Millionen Pfund Sterling an Anleihen zu gewähren, um es in den Stand zu setzen, auf diese Weise die Kriegsschädigung abzuzahlen.

Unter den Banken, die Anleihen gewährt haben, befindet sich die Honkonger und Schanghai Bank, die an den aufgezählten Anleihen mindestens mit einem Betrag von 40 Millionen Pfund Sterling beteiligt ist. Der Präsident des Londoner Ausschusses dieser Bank ist jetzt Sir Charles Addis, einer der Direktoren der Bank von England. Dieser Herr ist gleichfalls einer der Direktoren der englisch-chinesischen Korporation, die 1898 gegründet wurde und sich mit der Uebernahme des Baues von öffentlichen Anlagen in China und anderen Ländern beschäftigt. Sie hat sich bei den meisten Eisenbahnkonzessionen „lukrativ“ beteiligt. Addis ist gleichfalls einer der Direktoren der P. u. O. Dampfschiffahrts-Gesellschaft, an deren Spitze Lord Inchcape steht, sowie einer der Direktoren der Britisch-Indischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Die Bedeutung dieses Umstandes liegt in der Tatsache, daß 30 Prozent der Einfuhr sowie der Ausfuhr im Verkehr mit China von englischen Schiffen befördert werden, während 50 Prozent des Fluß- und Küstenschiffahrtsverkehrs von Schiffen, die sich im Besitze englischer Staatsbürger befinden, bewältigt werden. (Siehe „Englischer Imperialismus in China“ von Burns, Seite 35.)

Es ist schwer, genaue Angaben über den Umfang des englischen Kapitals in China zu machen, „weil die meisten englischen Betriebe Privatgesellschaften sind, die in London nicht eingetragen sind und keinerlei Jahresberichte über ihre finanzielle Lage herausgeben“. Aber die Handelsbeilage der „Times“ vom 4. Dezember 1926 schätzt das englische Kapital in Schanghai auf 63 Millionen Pfund Sterling. Nichtsdestoweniger bringen beide Bücher hinreichende Angaben, um ziemlich klaren Aufschluß darüber zu geben, daß andere Ursachen als der Schutz des „geheiligten“ Lebens englischer Staatsbürger in China den Anlaß für die Anwesenheit der englischen Flotte in den chinesischen Gewässern gegeben haben.

Wenn aber schon die unmittelbaren Interessen große sind, wie groß sind dann die Interessen, die in China noch verborgen liegen? Lassen wir die Imperialisten selbst zu Worte kommen. Dolsen zitiert eine Rede von J. Selwin Tait, Präsident des Aufsichtsrates der Washington- und Südländbank in Washington, D C, in der dieser ausführt:

„... China stellt die große industrielle und kommerzielle Zukunft nicht nur der Welt von heute, sondern überhaupt die größte Zukunft dar, die die Welt jemals gehabt hat. Bei einer Bevölkerung von 450 Millionen hat es, auf Grund der letzten Schätzung des Seezollamtes, eine nationale Schuld von rund einem Dollar pro Kopf seiner Bevölkerung oder weniger als ein Zwanzigstel, im Verhältnis zur Schuld seines

Nachbarreiches Japan. Wollte China eine Anleihe in Höhe derselben Ziffer, wie Japan, aufnehmen, d. h. also über zwanzig Dollar auf den Kopf der Bevölkerung, so könnte es seine auswärtige Schuld um die unvorstellbare Summe von 8 550 000 000 Dollar (in Gold) vermehren, deren Gesamtsumme genügen würde, um 170 000 Meilen Eisenbahnen zu der vorsichtigen Schätzung von 50 000 Dollar Gold pro Meile zu bauen.

Eine vor mehreren Jahren angestellte Untersuchung über die Auswirkung des chinesischen Eisenbahnbaues auf den kommerziellen Aufschwung Chinas zeigte, daß eine in den Jahren 1900 bis 1907 erfolgte Verlängerung des chinesischen Eisenbahnschienennetzes um 45 Prozent während desselben Zeitraumes zu einer Zunahme der Netto-Einfuhr und -Ausfuhr in Höhe von 156 Prozent geführt hat. Angenommen, wir hätten diese Ziffern zu vermehren und den künftigen Geschäftsumsatz Chinas auf der Grundlage einer Verausgabung von 20 Dollar pro Kopf der Bevölkerung durch seinen Eisenbahnbau zu berechnen, könnte man sich dann überhaupt noch eine Vorstellung von dem ungeheuren Umfange machen, den sein Geschäftsumsatz annehmen würde? Das Ergebnis würde, wenn es zahlenmäßig festgelegt werden würde, offen gestanden, für den gewöhnlichen Verstand unfassbar sein. Wir können es jedoch in anderer Form ausdrücken und sagen, daß China, bei einer Kopschuld, ähnlich der japanischen, 100 000 Meilen Eisenbahnen bauen, das Land mit soliden Chausseen ausstatten und seine Kanäle ausbauen könnte, um seiner ungeheuren Bevölkerung zu ermöglichen, ihre Erzeugnisse zu den niedrigsten Tarifsätzen nach den eigenen Markorten zu befördern. Dabei würde immer noch genug übrig bleiben, um eine Handelsflotte zu bauen, der keine andere der Welt überlegen wäre.“

China ist somit offensichtlich das Schlachtfeld des Weltimperialismus. Von dem Schicksal der chinesischen Revolution hängt der künftige Lauf der Weltrevolution ab, und die beiden von uns besprochenen Bücher leisten den Arbeitern gerade dadurch einen ausgesprochenen Dienst, daß sie in einer dem Leser sehr leicht zugänglichen Form eine Menge wohlgesiebten Materials bringen, das sowohl die Verästelungen als auch die Zwecke des Imperialismus und seines Kampfes aufzeigt. Aber sie begnügen sich keinesfalls damit. Sie geben uns gleichfalls eine Analyse und eine Beschreibung der in China selbst um die Vorherrschaft ringenden sozialen Kräfte. Der Kampf der chinesischen Generale ruft den mächtigen Volksaufstand der Arbeiter und Bauern sowie den Aufstand der Bourgeoisie gegen diese im Solde der rivalisierenden imperialistischen Mächte stehenden Feudalhäupter hervor. Anstatt neuer Gewaltmenschen erhebt sich eine Partei des Volkes, eine Massenorganisation, die um ihre Bestrebungen kämpft und zusammen mit der Masse den Kampf gegen den inneren und äußeren Feind aufnimmt, der die Revolution niederzuhalten versucht.

Die beiden Bücher zeigen uns, wie an die Stelle einer Massenauflehnung gegen die Unterdrückung, die weder die Ursachen ihrer Unterdrückung kennt, noch weiß, wie sie zu bekämpfen ist, der unter den sich rasch ändernden Verhältnissen stürmisch fortschreitende Prozeß der Klassendifferenzierung tritt, die Entstehung einer Gewerkschaftsbewegung unter dem jungen Proletariat und die Entstehung einer kommunistischen Partei Chinas — die revolutionäre Vorhut des Proletariats — eine immer wichtigere Rolle in dem nationalen Aufstand zu spielen beginnt. Auch diese Dinge haben die Verfasser behandelt. Beide beurteilen die chinesische Revolution „als eine Episode der Weltrevolution“. Beide haben hingewiesen auf das Verhältnis der chinesischen Revolution zur Sowjetunion, und keiner der Verfasser hat versucht, sich als politischer Prophet über den unmittelbar bevorstehenden Lauf der Revolution aufzuspielen. Sie haben sich damit zufrieden gegeben, die Ursachen dafür darzulegen, warum es eine chinesische Revolution gibt und die Kräfte zu beschreiben, die die Revolution machen, sowie die Kräfte, die gegen die Revolution ankämpfen, und sie haben sich ganz besonders bemüht, die Verzweigungen sowie die Politik und die Methoden des Imperialismus der Mächte darzulegen, die versuchen, die Revolution niederzuknüppeln und namentlich die chinesischen Arbeiter und Bauern daran zu hindern, diese Revolution bis zu ihrem Oktober weiterzutreiben. Diese Aufgabe haben die Verfasser ausgezeichnet erfüllt und beide Bücher verdienen, daß sie seitens unserer Parteien die denkbar weiteste Verbreitung finden.

J. F. HERRABIN

GRUNDRISS DER WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE

Aus dem Englischen übersetzt von

K. A. WITTFOGEL

Aus dem Vorwort: Der proletarische Student, der in das Wesen des Imperialismus eindringen will, stößt oft auf Schwierigkeiten, die dem Mangel an geographischer Kenntnis entspringen. Dieser Mangel läßt sich nicht beheben durch das Studium eines Lehrbuches der Wirtschaftsgeographie im üblichen Sinne, das dem Leser die Aneignung einer größeren Anzahl mehr oder minder systematisch gruppiertes Einzelkenntnis vermittelt. Was nützt, ist eine Uebersicht über Erdkunde „in ihrem Verhältnis zu Geschichte und Wirtschaft“, die „aus der großen Masse des geographischen Materials“ diejenigen Tatsachen auswählt, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung sind als andere.

Die Aufgabe, einen solchen Ueberblick zu geben, hat der Verfasser des vorliegenden Werkchens in der vortrefflichsten Weise gelöst. Von dem Buche, das aus Vorträgen in Arbeiterkursen entstand und dessen erste Ausgabe Ende 1923 erschien, sind bereits mehrere englische Auflagen vergriffen; es sind auch von ihm zwei russische Uebersetzungen erschienen. Es zeichnet sich aus durch eine vollständige Beherrschung des Stoffes und durch eine meisterhaft klare, übersichtliche und präzise Darstellung.

208 Seiten

44 Karten

Preis broschiert 2,50 Mark, Leinen gebunden 3,50 Mark

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

Wien VIII

Berlin SW 48

II. AUFLAGE

DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN

**IHRE ROLLE IN DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG
DER GEGENWART**

HERAUSGEGEBEN VON EUGEN VARGA

E I N S A M M E L B U C H

A U S D E M I N H A L T :

DIE II. INTERNATIONALE / Die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS: Geschichtliches, Zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, Apparat der SPD, Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft, Politische Gruppierungen in der Partei, Die Führung der Partei / **DIE SOZIALISTISCHE PARTEI FRANKREICHS:** Historisches, Anarchismus, Guesdismus, Soziale Gliederung Frankreichs, Einfluß und Wählerschaft der sozialistischen Partei, Strömungen / **Die BRITISCHE LABOUR PARTY:** Entwicklung und Organisationsform, Wahlerfolge / **DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN IN DEN USA:** Geschichtliches, Stärke der Arbeiterklasse, Einfluß der sozialistischen Parteien / **DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN ITALIENS:** Historisches, Soziale Gliederung, Gewerkschaft und Politik / **DIE ARBEITERPARTEI BELGIENS:** Historisches, Organisationsform, Wachstum / **SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI OESTERREICHS:** Historisches, Soziale Zusammensetzung, Stärke der Sozialdemokratie / **DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI:** Die verschiedenen Parteien, Stärke der Arbeiterklasse, Entwicklung nach dem Kriege / **DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN IN POLEN:** Geschichtliches, Klassengliederung, Die verschiedenen Arbeiterorganisationen / **DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS:** Geschichtliches, Organisationsform, Politik seit Kriegsbeginn, Klassengliederung des Landes / **DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN DES BALKANS:** Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien

320 Seiten

Preis M. 4,50, geb. M. 6,—

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER, BERLIN NW6